

Die Jukos-Affäre: Russlands Energiewirtschaft und die Politik

Pleines, Heiko (Ed.); Schröder, Hans-Henning (Ed.)

Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pleines, H., & Schröder, H.-H. (Hrsg.). (2005). *Die Jukos-Affäre: Russlands Energiewirtschaft und die Politik* (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 64). Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-436036>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 64 – Juni 2005 (zweite, aktualisierte Auflage)

Die Jukos-Affäre

Russlands Energiewirtschaft und die Politik

Herausgegeben von

Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, D-28359 Bremen
Tel. +49 421 218-3687, Fax +49 421 218-3269
<http://www.forschungsstelle-osteuropa.de>

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 64: Heiko Pleines / Hans-Henning Schröder (Hg.):

Die Jukos-Affäre. Russlands Energiewirtschaft und die Politik

Juni 2005 (zweite, aktualisierte Auflage)

ISSN: 1616-7384

Alle hier abgedruckten Beiträge stammen aus den „Russlandanalysen“, die von der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde mit finanzieller Unterstützung der Otto-Wolff-Stiftung herausgegeben werden. Die Analysen werden auf Anforderung (an fsopr@uni-bremen.de) unentgeltlich per Email als pdf-Datei versandt. Sie sind außerdem im Internet unter www.russlandanalysen.de archiviert.

Wir möchten der Otto-Wolff-Stiftung herzlich für die finanzielle Unterstützung danken, ohne die die Russlandanalysen nicht möglich wären.

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa

Publikationsreferat

Klagenfurter Str. 3

D-28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-3687

Fax: +49 421 218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

internet: <http://www.forschungsstelle-osteuropa.de>

Inhaltsverzeichnis

Heiko Pleines

Einleitung: Die Jukos-Affäre im Überblick	4
--	---

I DAS STAATLICHE VORGEHEN GEGEN JUKOS

Heiko Pleines

Die Steuerschulden von Jukos	8
---	---

Julia Kuznir und Heiko Pleines

Der Streit um Förderlizenzen. Fallbeispiel Talakanskoe-Feld	11
--	----

Heiko Pleines

Das Urteil im Chodorkowskij-Prozess	13
--	----

Europarat

„Rechtliche Unzulänglichkeiten.“ Resolution vom 25. Januar 2005	15
--	----

Ann-Kathrin Reichardt und Hans-Henning Schröder

Chronik der Jukos-Affäre von Mai 2003 bis Februar 2005	18
---	----

II DIE JUKOS-AFFÄRE IN DER RUSSISCHEN ÖFFENTLICHKEIT

Josephine Bollinger-Kanne

Die russische Debatte zur Jukos-Affäre. Rechtsstaatlichkeit contra Staatsinterventionismus	26
---	----

Der Jukos-Prozess und die öffentliche Meinung 2003–2005. Umfrageergebnisse	29
---	----

III STAAT UND WIRTSCHAFT IM ZUGE DER JUKOS-AFFÄRE

Valery Kryukov

„Lenkbarkeit“ statt Effizienz Die Rolle des Staates in der russischen Erdöl- und Erdgaswirtschaft	38
--	----

Maria Ordzhonikidze

Michail Chodorkowskij und die Jukos-Affäre. Ein Kommentar	41
--	----

Heiko Pleines

Der Anteil des Staates an der Erdölwirtschaft	43
--	----

Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder

Die Verwaltung staatlicher Unternehmen	46
---	----

Julia Kuznir und Heiko Pleines

Die Besteuerung der Erdölwirtschaft	50
--	----

IV AUSLÄNDISCHE INVESTITIONEN

Julia Kuznir und Heiko Pleines

Ausländische Investoren in der Erdölwirtschaft	54
---	----

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	56
---	----

Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa	59
--	----

E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa	61
---	----

Einleitung: Die Jukos-Affäre im Überblick

Bei der Jukos-Affäre, die im Sommer 2003 begann, geht es nicht nur um das staatliche Vorgehen gegen den Ölkonzern und seine Eigentümer. Zunehmend gewann die Affäre auch Einfluss auf grundlegendere politische und wirtschaftliche Fragen wie das Verhältnis des Präsidenten zu den Oligarchen, die Lage des Rechtsstaates, das Investitionsklima und die wirtschaftspolitische Orientierung der Regierung. Diese Einleitung gibt einen Überblick über die Jukos-Affäre, deren einzelne Aspekte in dieser und der folgenden Nummer der Russlandanalysen ausführlich behandelt werden.

Das staatliche Vorgehen gegen Jukos

Die Jukos-Affäre begann im Juni 2003 mit der Verhaftung des Sicherheitschefs von Jukos, Alexej Pitschugin, unter dem Vorwurf der Anstiftung zum Mord. Im folgenden Monat wurde der Jukos-Großaktionär Platon Lebedew unter dem Vorwurf des Privatisierungsbetrugs festgenommen. Gleichzeitig wird gegen Jukos ein Untersuchungsverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet. Im Oktober 2003 wird dann auch der Vorstandsvorsitzende und Hauptaktionär von Jukos, Michail Chodorkowskij, unter dem Vorwurf des Steuerbetrugs verhaftet.

Kurz darauf verliert der Jukos-Konzern seine Förderlizenz für das Talakanskoe-Ölfeld in Ostsibirien, das die Grundlage für Ölexporte nach China bilden sollte. Im folgenden wird dem Jukos-Konzern auch mit dem Verlust weiterer Förderlizenzen gedroht. Diese Drohungen werden aber nicht umgesetzt.

In den folgenden Monate leitet die Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren gegen alle Großaktionäre von Jukos und gegen etliche Mitglieder des Konzernmanagements ein. Drei Großaktionäre setzen sich Ende 2003 nach Israel ab. Im November 2004 verlassen alle leitenden Manager auf gemeinsamen Beschluss Russland.

Das staatliche Vorgehen gegen Jukos konzentriert sich damit auf zwei Bereiche. Zum einen werden die Strafprozesse gegen Pitschugin, Lebedew und Chodorkowskij aufgenommen. Alle drei verbleiben in Untersuchungshaft. Der Prozess gegen Pitschugin unterliegt strikter Geheimhaltung. Die Prozesse von Lebedew und Chodorkowskij werden im Juni 2004 zusammengelegt und sind öffentlich. Die Urteilsverkündung erfolgt im Mai 2005.

Zum anderen erheben die Steuerbehörden vor allem für den Zeitraum 2000 bis 2003 immer neue Steuernachforderungen gegen Jukos und seine Tochterfirmen. Die staatlichen Forderungen gegen Jukos summieren sich bis Ende 2004 auf über 28 Mrd. US-Dollar. Allein die Nachforderungen erreichen damit eine Höhe von etwa 75% des von Jukos ausgewiesenen Umsatzes für die entsprechenden Steuerjahre. Da der Konzern nicht in der Lage ist, die entsprechenden Summen aufzubringen, wird eine Zwangsvollstreckung eingeleitet. Die größte Produktionsfirma von Jukos wird im Dezember 2004 versteigert. Der Erlös reicht aber bei weitem nicht aus, um die Steuerschulden von Jukos zu begleichen. Ende Januar 2005 belaufen sie sich immer noch auf etwa 9 Mrd. US-Dollar. Der Jukos-Konzern steht damit vor dem Aus.

Die Steuerforderungen gegen Jukos werden auf den Seiten 8 bis 10 dokumentiert. Den Verlust der Förderlizenz in Ostsibirien analysiert der Beitrag auf den Seiten 11 bis 12. Den Strafprozess gegen Chodorkowskij bewertet der Beitrag auf den Seiten 13 bis 14 sowie die anschließend in Auszügen wiedergegebene Resolution des Europarates. Einen Überblick über das staatliche Vorgehen gegen Jukos gibt die Chronik auf den Seiten 18 bis 24.

Motive des staatlichen Vorgehens und Rechtsstaatlichkeit

Die große Mehrheit der Beobachter ging seit Beginn der Jukos-Affäre davon aus, dass das staatliche Vorgehen gegen den Ölkonzern als Bestrafung für politisches Engagement zu bewerten sei.

Im einzelnen hat Chodorkowskij die politische Opposition zu Präsident Putin, insbesondere die Parteien Jabloko, Union der Rechten Kräfte und die Kommunistische Partei, im Duma-Wahlkampf 2003 finanziell unterstützt. Zusätzlich soll er durch Beeinflussung von Duma-Abgeordneten versucht haben, eine Reform der Besteuerung der Erdölindustrie zu verhindern. Außerdem hat Chodorkowskij etliche liberale Vereinigungen und Forschungsinstitute, die in der Mehrheit ebenfalls Putin kritisch gegenüberstanden, gefördert. Darüber hinaus habe er Putin auf persönlichen Treffen widersprochen und diesen zu einem Streit provoziert. Auch Pläne von Jukos, mit großen amerikanischen Ölkonzernen eine Fusion einzugehen, wurden als Anlass für staatliche Interventionen genannt.

Als Beleg für die politische Motivation des staatlichen Vorgehens, das als Warnung für die Oligarchen interpretiert wird, gelten die vielfältigen Manipulationen zuungunsten von Jukos. Zum ersten mal werden in Russland größere Steuernachforderungen gegen ein Unternehmen nicht von Gerichten revidiert (siehe Tabelle 4 auf Seite 10), obwohl die gegen Jukos erhobenen Vorwürfe im wesentlichen auch auf andere Ölunternehmen zutreffen. Das Vorgehen sowohl der Steuerbehörden als auch der Staatsanwaltschaft und der Gerichte weist etliche Defizite auf.

Trotz der offensichtlichen Defizite beharrt Präsident Putin darauf, dass das staatliche Vorgehen den Gesetzen folge und keine Sonderbehandlung von Jukos beinhaltet. Diese Linie wird von der Regierung weitgehend durchgehalten. Auch die öffentliche Kritik am staatlichen Vorgehen im Zusammenhang mit der Jukos-Affäre bleibt in Russland verhalten. Eine Darstellung der russischen öffentlichen Debatte zur Jukos-Affäre gibt die Analyse von Josephine Bollinger-Kanne auf den Seiten 26 bis 28. Die dort widergegebenen Umfragedaten dokumentieren auch, dass die russische Bevölkerung mehrheitlich keine Einwände gegen das staatliche Vorgehen hat. Das negative Image des „Oligarchen“ Chodorkowskij wird etwa dadurch deutlich, dass ein Drittel der Russen bei seiner Verhaftung Freude und Befriedung verspürten.

Investitionsklima

Solange sich die staatliche Attacke auf die Person Chodorkowskijs konzentrierte, das heißt bis zum Frühjahr 2004, stellte sie für die Wirtschaft keine wesentliche Belastung dar. Sie wurde als Strafe für politisches Engagement verstanden, was im Umkehrschluss bedeutete, dass politisch nicht aktive Unternehmer nichts zu befürchten hatten. Dementsprechend lag selbst der Kurs der Jukos-Aktie noch nicht unter seinem Niveau zu Beginn der Affäre.

Als aber zunehmend vermutet wurde, dass die Jukos-Affäre nicht nur die Person Chodorkowskijs sondern zumindest auch die Firma Jukos ausschalten solle und unter Umständen sogar weitere Firmen betreffen wird, nahm die Besorgnis bei Unternehmern zu. Der russische Unternehmerverband erklärte vor seinem Gespräch mit Putin Anfang Juli 2004 das Investitionsklima zum zentralen Thema machen zu wollen. Klaus Mangold, Vorsitzender des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft kommentierte, der Konkurs von Jukos würde „ein Schock für die Märkte sein“. Der amerikanische Ölkonzern ChevronTexaco legte seine Investitionspläne für Russland auf Eis.

Trotzdem ist die grundsätzliche Haltung der Investoren gegenüber Russland im Zuge der Affäre nicht umgeschlagen. Die Mehrheit scheint vielmehr vor einer möglichen Verschlechterung zu warnen, ohne wirklich an diese zu glauben. Davon zeugen zumindest die neuen Höchststände bei den ausländischen Direktinvestitionen und auch die Entwicklung der russischen Börse mit Ausnahme der Jukos-Aktie. Die häufig zitierte Zunahme der Kapitalflucht ist hingegen in diesem Zusammenhang mit Vorsicht zu betrachten, da sie erstens schwer messbar ist, zweitens gestiegene Gewinne häufig auch zu steigenden Kapitalabflüssen führen und drittens ein Teil der Kapitalflucht auf Investitionen russischer Unternehmer im Ausland zurückzuführen sein kann.

Die Rolle ausländischer Investoren in der russischen Erdölwirtschaft wird auf den Seiten 54 bis 55 ausführlicher dokumentiert.

Wirtschaftspolitik und Ölindustrie

Im Gegensatz zu der Mehrheit der Investoren sehen aber viele Analysten die Jukos-Affäre mit-

terweile als Indikator eines grundlegenden Umschwungs in der russischen Wirtschaftspolitik. Sie gehen davon aus, dass die wirtschaftsliberalen Reformer um Wirtschaftsminister German Gref in der Regierung zunehmend an Einfluss verlieren. Stattdessen würden Vertreter des Geheimdienstes und konservative Juristen in die Wirtschaftspolitik drängen. Kronzeuge dieser Einschätzung ist der Wirtschaftsberater von Präsident Putin, der auf einer Pressekonferenz Ende 2004 nicht nur die Auktion von Juganskneftegaz als „Affäre des Jahres“ bezeichnete, sondern in diesem Zusammenhang gleich von einer Wende der Wirtschaftspolitik hin zu Staatsinterventionismus sprach. Diese Einschätzung teilt auch Chodorkowskij, wie seine Pressesprecherin in einem Kommentar auf den Seiten 41 und 42 darlegt.

Konkrete Maßnahmen zur Stärkung des staatlichen Einflusses lassen sich derzeit in der Öl- und Gasindustrie beobachten, die weiterhin das Herzstück der russischen Wirtschaft darstellt. Insbesondere die Übernahme führender Unternehmenspositionen durch im Management völlig unerfahrene Staatsvertreter und der Versuch, durch die Fusion von Rosneft und Gazprom einen gigantischen Staatskonzern zu schaffen, werden von liberalen Kritikern als wirtschaftspolitisch problematisch betrachtet. Der renommierte Branchenexperte Valery Kryukov diagnostiziert in seiner Analyse auf den Seiten 38 bis 40 „Lenkbarkeit anstelle von Effizienz“.

Der staatliche Einfluss, der sich insbesondere bei der Eigentümerstruktur und der Besteuerung zeigt, wird auf den Seiten 43 bis 49 ausführlich dokumentiert.

Fazit

Während die Jukos-Affäre ursprünglich wie eine Abschreckungsmaßnahme gegen politisch aktive Unternehmer aussah, entwickelt sie sich immer mehr zu einem Wendepunkt der Präsidentschaft Putins. Die zentrale Frage ist, ob nach der „gelenkten Demokratie“, die in wesentlichen Zügen bereits während der ersten Amtsperiode Putins von 2000 bis 2004 etabliert wurde, in der zweiten Amtszeit nun auch die Schaffung einer „gelenkten Wirtschaft“ folgen soll.

***I. Das staatliche Vorgehen
gegen Jukos***

Die Steuerschulden von Jukos

Seit dem Beginn der Jukos-Affäre im Sommer 2003 sind Ermittlungen der Steuerbehörden ein wesentlicher Bestandteil des staatlichen Druckes auf den Konzern. Jukos hat wie viele andere Ölkonzerne auch Schlupflöcher in der Steuergesetzgebung genutzt, um seine Steuerzahlungen zu „optimieren“. (Siehe dazu ausführlicher die Darstellung zur Besteuerung der Ölindustrie ab Seite 48.) Diese Optimierungsverfahren wurden von führenden staatlichen Vertretern ursprünglich als legal bezeichnet. Der damalige Ministerpräsident Michail Kasjanow etwa kommentierte, dass das Vorgehen von Jukos zwar unmoralisch aber legal sei und gab der Regierung aufgrund mangelhafter Gesetzgebung die Verantwortung für diesen Zustand. (Interview in der Tageszeitung Wedomosti vom 12. Januar 2004) Auch der Leiter der Abteilung Körperschaftssteuer beim Steuerministerium bezeichnete die Steueroptimierungsverfahren der Ölkonzerne als legal. (Pressekonzferenz vom 27. November 2003) Die Rechnungsprüfungskammer der Duma konzentrierte ihre Vorwürfe nach einer Untersuchung von Steuervermeidung in der Ölindustrie auf den Konzern Sibneft. Bis zum Beginn der Jukos-Affäre waren alle großen Nachforderungen der Steuerbehörden an Gerichtsverfahren gescheitert. Die höchste Zahlung aufgrund einer Steuerüberprüfung betrug bis zur Jukos-Affäre 100 Mio. US\$. Im Ergebnis entstand der Eindruck, dass die Forderungen gegenüber Jukos fragwürdig seien und das staatliche Vorgehen selektiv.

Tabelle 1: Alle Forderungen der Steuer- und Vollzugsbehörden gegenüber dem Jukos-Konzern (in Mrd. US\$)

	1999	2000	2001	2002	2003	Gesamt 1999–2003
Mutterkonzern (Jukos)	-	3,77	4,39	7,32	6,46	21,49
Davon: Strafen und Gebühren	-	0,24	0,29	0,48	0,42	1,43
Tochterfirma Juganskneftegaz	0,34	0,21	2,42	1,06	1,22	5,25
Davon: Strafen und Gebühren	0,10	0,08	1,25	0,44	k.A.	1,87
Tochterfirma Tomskneft	-	-	0,11	0,13	-	0,24
Davon: Strafen und Gebühren	-	-	k.A.	0,05	-	0,05
Tochterfirma Samaraneftegaz	0,16		0,30	0,30	0,14	0,90
Davon: Strafen und Gebühren	k.A.		k.A.	k.A.	k.A.	0,05
Jukos-Konzern gesamt	0,34	4,14	7,22	8,81	7,82	28,33
Davon: Strafen und Gebühren	0,10	0,32	1,54	0,97	0,42	3,35

Quelle: United Financial Group 25.1.2005 www.ufgresearch.com

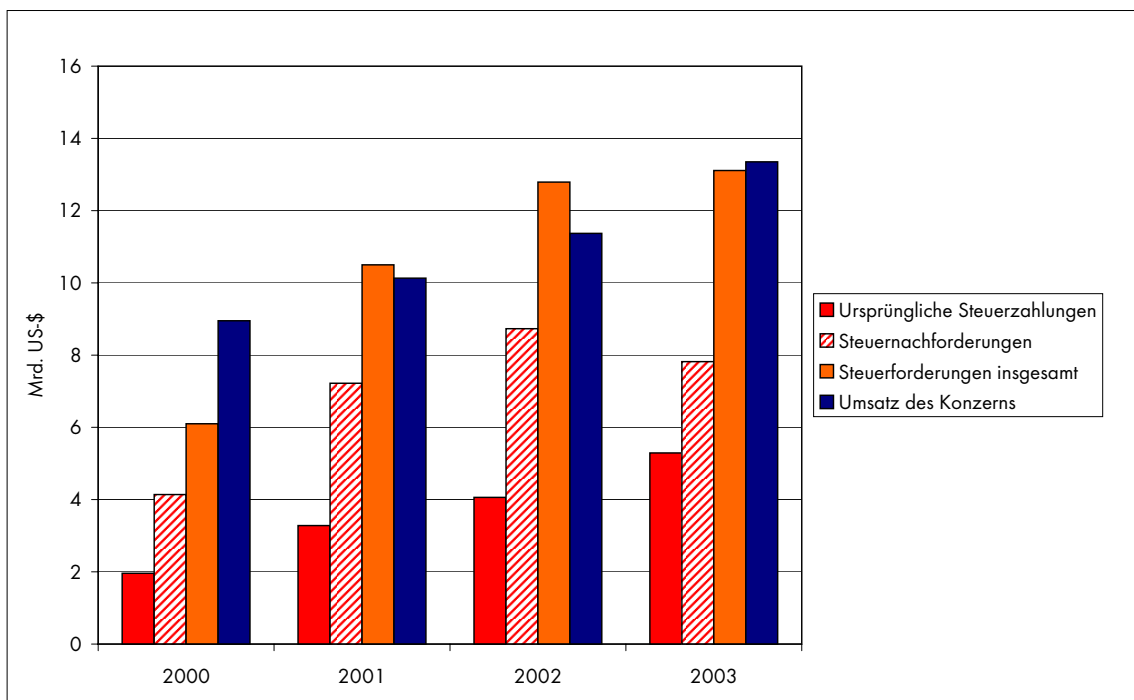
Tabelle 2: Schuldenstand des Jukos-Konzerns gegenüber dem russischen Staat (Ende Mai 2005)

Gesamtforderungen	28,33 Mrd. US\$
Durch Zahlung beglichen (2004)	- 4,50 Mrd. US\$
Durch Zwangsversteigerung Juganskneftegaz beglichen	- 9,35 Mrd. US\$
Durch Verlust von Juganskneftegaz nicht mehr relevant	- 5,25 Mrd. US\$
Durch Zahlung beglichen (2005)	- 1,63 Mrd. US\$
Verbleibende Forderungen	7,60 Mrd. US\$

Quelle: eigene Berechnung nach Tabelle 1 und Presseangaben

Tabelle 3: Jukos: Steuerforderungen und Konzernfinanzen 2000–2003

	2000	2001	2002	2003
Ursprüngliche Steuerzahlungen (in Mrd. US\$)	1,96	3,28	4,06	5,29
Konzerngewinn nach Steuern (in Mrd. US\$)	3,33	4,01	3,06	k.A.
Steuernachforderungen (in Mrd. US\$)	4,14	7,22	8,73	7,82
Gesamte Steuerforderung (in Mrd. US\$)	6,10	10,50	12,79	13,11
Umsatz des Konzerns (in Mrd. US\$)	8,95	10,13	11,37	13,35
Ölproduktion (in Mio. t.)	49,5	58,1	69,9	80,8
Ölexport (in Mio. t.)	22,4	30,1	35,5	43,0
Weltmarktpreis für Urals-Erdöl (in US\$/barrel)	26,8	23,0	23,7	27,0
Theoretische Erlöse aus dem Exportgeschäft (in Mrd. US\$)	4,4	5,1	6,1	8,5



Anmerkung: Für alle Jahresangaben finanzieller Kennzahlen wurden Jahresdurchschnittswerte des Wechselkurses bzw. des Erdölpreises als Grundlage genommen.

Quelle: Steuerforderungen nach United Financial Group 25.1.2005 www.ufgresearch.com, Firmenfinanzen nach Firmenangaben zitiert unter www.yukos.com und in Ekspert-200, laufende Jahre www.expert.ru.

Tabelle 4: Die größten Steuernachforderungen gegen russische Unternehmen

Unternehmen (Branche)	Steuernachfor- derung	Steuerjahre	Begleichung
Jukos (Erdöl)	19 Mrd. US\$	2000–2003	7,6 Mrd. US\$ sind noch zu zahlen.
Juganskneftegaz (Erdöl)	4,9 Mrd. US\$	1999–2003	Nach der Zwangsversteigerung ist die staatliche Firma Rosneft für die Steuerschulden zuständig. Ein Gerichtsverfahren läuft.
Gazprom (Erdgas)	1,0 Mrd. US\$	1999–2001	Die Steuernachforderung wurde per Gerichtsurteil im Oktober 2002 auf 100.000 US\$ reduziert. Über die Begleichung dieser Summe liegen keine Informationen vor.
Alrosa (Diamanten)	1,0 Mrd. US\$	1999–2001	Die Steuernachforderung wurde auf 50 Mio. US\$ reduziert. Weitere Informationen liegen nicht vor.
Sibneft (Erdöl)	1,0 Mrd. US\$	2000–2001	Nach einem Einspruch von Sibneft wird eine Wiederholung der Überprüfung angekündigt. Weitere Ergebnisse liegen nicht vor.
Sibneft- Nojabrskneftegaz (Erdöl)	0,4 Mrd. US\$	Bis 2004	Nach einem Einspruch von Sibneft wird eine Wiederholung der Überprüfung angekündigt. Weitere Ergebnisse liegen nicht vor.
Baschneftechim (Erdöl)	0,4 Mrd. US\$	2001	Die Steuernachforderung ist von mehreren Gerichten abgewiesen worden. Revisionsverfahren laufen noch.
AvtoVAZ (Fahrzeugbau)	0,4 Mrd. US\$	1996	Die Steuernachforderung wurde im September 2000 per Gerichtsurteil für nichtig erklärt.
RAO EES (Stromversorger)	0,1 Mrd. US\$	Bis 1999	Die Steuerschuld wird vorschriftsgemäß bezahlt.

Quelle: Kommersant 9.12.2004 www.kommersant.ru

Der Streit um Förderlizenzen. Fallbeispiel Talakanskoe-Feld

Im Verlauf der Jukos-Affäre wurde dem Ölkonzern von staatlicher Seite wiederholt mit dem Verlust von Förderlizenzen gedroht. Der einzige tatsächliche Verlust einer Förderlizenz betrifft bisher das Talakanskoe-Feld. Dieser Fall soll deshalb im folgenden vorgestellt werden.

Die Ölreserven des Talakanskoe-Felds in der ostsibirischen Republik Sacha (Jakutien) werden auf mindestens 900 Millionen Barrel geschätzt. Aufgrund ungünstiger klimatischer und geologischer Bedingungen sowie der fehlenden Infrastruktur begann die Erschließung des Feldes erst Mitte der 1990er Jahre. Staatliche Betriebe der Region untersuchten im Rahmen eines regionalen geologischen Programms das Talakanskoe-Feld, und Lenaneftegaz, ein Tochterunternehmen der regionalen Ölfirma Sachaneftegaz, nahm im Jahr 1998 eine bescheidene Ölproduktion auf.

Anschließend schrieb die föderale Regierung eine Förderlizenz mit zwanzigjähriger Laufzeit aus. Ziel war eine deutliche Ausweitung der Ölförderung sowie der Bau einer Pipeline und einer Raffinerie. Die dazu erforderlichen Investitionen wurden auf mindestens 300 Millionen US-Dollar geschätzt. Um die Lizenz bewarben sich im Herbst 2000 die Gesellschaft Sachaneftegaz, an der die Regionalverwaltung von Jakutien einen Anteil von 46 Prozent hielt, sowie einige große russische Ölfirmen, darunter Jukos und Surgutneftegaz. Jukos zog sein Gebot jedoch kurz vor Ablauf der Frist zurück und verbündete sich mit Sachaneftegaz.

Sowohl für Jukos als auch für Surgutneftegaz war die Talakanskoe-Lizenz von strategischer Bedeutung. Jukos plante gemeinsam mit der staatlichen chinesischen Ölfirma PetroChina den Bau einer Ölpipeline von Ostsibirien nach China. Die Kontrolle über ostsibirische Ölfelder war dabei entscheidend, um ausreichende Liefermengen für die Pipeline bereitstellen zu können. Surgutneftegaz wiederum hatte ein zentrales Interesse an einer Ausweitung seiner Ölreserven, die bis dahin auf den Autonomen Kreis der Chanten und Mansen beschränkt waren.

Im April 2001 entschied die gemeinsame Vergabekommission des Ministeriums für Bodenschätze und der Regionalverwaltung von Jakutien zugunsten von Sachaneftegaz. Die Firma hatte mit 500 Millionen US-Dollar das mit Abstand höchste Gebot vorgelegt und gleichzeitig Investitionszusagen von einer Milliarde US-Dollar gemacht. Als Sachaneftegaz die Regionalverwaltung von Jakutien um einen Aufschub bei der Zahlung des regionalen Anteils an der gebotenen Summe (300 Millionen US-Dollar) bat, erklärte Surgutneftegaz als zweitplazierter Bieter, die Lizenzvergabe gerichtlich anfechten zu wollen.

Trotzdem schloss die Regionalverwaltung von Jakutien noch im April mit Sachaneftegaz und Jukos eine Vereinbarung über die gemeinsame Ausbeutung des Talakanskoe-Feldes. Jukos garantierte die versprochene Investitionssumme und die Zahlung des föderalen Anteils an der Gebotssumme. Die Zahlung des regionalen Anteils an der Gebotssumme sollte um zehn Jahre verschoben werden und de facto über Steuerabschreibungen und weitere Vergünstigungen finanziert werden. Im Juni 2001 lehnte das Regionalparlament von Jakutien jedoch den Aufschub bei der Zahlung der Gebotssumme ab und machte die vollständige Zahlung zur Bedingung für die Lizenzvergabe.

Im Laufe des Jahres 2001 erwarb Jukos die Aktienmehrheit an Sachaneftegaz und übernahm damit die Kontrolle über die Firma. Trotzdem gelang es Sachaneftegaz nicht, weitere Kredite für die Zahlung der Gebotssumme zu erhalten. Deshalb wurde die Förderlizenz für das Talakanskoe-Feld im Frühjahr 2002 erneut ausgeschrieben. Obwohl insgesamt zehn Gebote vorlagen, vertagte die föderale Regierung aber im Herbst ihre Entscheidung. Drei Bieter, darunter Jukos, warfen der Regierung vor, die Lizenzvergabe manipulieren zu wollen. Wirtschaftsminister German Gref bezeichnete das Ausschreibungsverfahren als intransparent und beklagte, dass das Interesse der Regierung nicht ausreichend berücksichtigt werde.

Die Regierung entschied, das Ausschreibungsverfahren von vorne zu beginnen. Die Zuständigkeit für die Ausschreibung wurde vom Ministerium für Bodenschätze an das Wirtschaftsministerium übergeben. Die für den Herbst 2002 angekündigte neue Ausschreibung wurde jedoch

verschoben. In Reaktion auf die Verzögerung beauftragte die Regionalverwaltung von Jakutien Sachaneftegaz, bis zur Vergabe einer neuen Lizenz die Ölförderung aus dem Talakanskoe-Ölfeld auf Grundlage einer kurzfristigen Lizenz fortzusetzen, um die regionale Ölversorgung sicherzustellen. Mit dem Ablauf der kurzfristigen Lizenz stellte die Sachaneftegaz-Tochter Lenaneftegaz die Förderung aus dem Talakanskoe-Feld im Oktober 2003 ein.

Im November 2003, also auf dem ersten Höhepunkt der Jukos-Affäre, vergab das Ministerium für Bodenschätze dann eine kurzfristige Lizenz für das Feld an Surgutneftegaz. Gleichzeitig wurde die neue Ausschreibung für den Frühsommer 2004 angesetzt. Der Wechsel von der Jukos-Tochter Sachaneftegaz zu Ausschreibungskonkurrent Surgutneftegaz wurde allgemein als Vorentscheidung über die endgültige Lizenzvergabe gewertet. Gleichzeitig erhielt Surgutneftegaz Lizenzen mit fünfjähriger Laufzeit für die Untersuchung dreier an Talakanskoe angrenzender Ölfelder und verhandelte mit den staatlich kontrollierten Firmen Gazprom und Rosneft über eine gemeinsame Bewerbung um die Talakanskoe-Lizenz.

Im Dezember 2003 entschied dann das zuständige Gericht in Jakutien über die Klage von Surgutneftegaz gegen den Ausgang des ursprünglichen Lizenzverfahrens. Es annullierte die Lizenzvergabe an Sachaneftegaz wegen Nichtzahlung der Gebotssumme und erklärte Surgutneftegaz als zweitplatzierten zum neuen Lizenznehmer. Surgutneftegaz wurde verpflichtet, seine Gebotssumme von 61 Millionen US-Dollar binnen eines Monats zu zahlen. Die von der Regierung geplante neue Ausschreibung wurde durch den Gerichtsentscheid gegenstandslos. Ende Dezember 2003 stellten das Ministerium für Bodenschätze und die Regionalverwaltung von Jakutien Surgutneftegaz die Talakanskoe-Lizenz aus. Gleichzeitig legte das Ministerium Berufung gegen die Entscheidung ein. Die russische Regierung erklärte, an ihrem Plan eines neuen Ausschreibungsverfahrens festhalten zu wollen.

Anfang Februar 2004 ordnete ein jakutisches Gericht an, den Anteil von Jukos an Lenaneftegaz, der früheren Betreiberfirma des Talakanskoe-Feldes, einzufrieren. Die Anteile sollten zur Begleichung etwaiger Schadensersatzleistungen und Strafen in laufenden Verfahren wegen Steuerhinterziehung verwendet werden. Nach Gesprächen zwischen dem Leiter von Surgutneftegaz, Vladimir Bogdanow, und dem Präsidenten von Jakutien, Wjatscheslaw Schtyrow, verkaufte Jukos Ende Mai Lenaneftegaz an Surgutneftegaz. Mitte Juni 2004 erklärte das Ministerium für Bodenschätze dann, dass die Übernahme der Lizenz durch Surgutneftegaz nicht mehr angefochten werde.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass im Falle der Förderlizenz nicht widerrechtlich gegen Jukos vorgegangen wurde. Der Staat nutzte vielmehr plötzlich eine rechtlich fragwürdige Lage, die er vorher jahrelang weitgehend ignoriert hatte, um Druck auf Jukos auszuüben. Jukos wurde damit das Opfer mangelnder Rechtssicherheit und intransparenter staatlicher Entscheidungsprozesse. Dieses Problem betrifft aber, genau wie beim Fall der Steuerschulden, nicht nur Jukos, sondern die meisten großen Konzerne. Jukos wurde mit dem Beginn der Affäre von staatlicher Seite gezielt unter Druck gesetzt. Genau wie bei der Besteuerung kann aber auch bei der Lizenzvergabe der Staat aufgrund fragwürdiger Praktiken wohl aller Unternehmen, jederzeit auch andere Unternehmen unter Druck setzen.

Das Urteil im Chodorkowskij-Prozess

Am 31. Mai 2005 ist Michail Chodorkowskij, der ehemalige Vorstandsvorsitzende und Mehrheitseigner des russischen Erdölkonzerns Jukos, zu einer Haftstrafe von 9 Jahren verurteilt worden, von denen 18 bereits in Untersuchungshaft verbrachte Monate abgezogen werden. Bereits am 27. April hatte ihn das Gericht in allen sieben Anklagepunkten, die von Steuerhinterziehung über Betrug bis zur Bildung einer kriminellen Vereinigung reichen, für schuldig befunden. Die Verlesung der etwa 1.000 Seiten langen Urteilsbegründung hatte dann etliche Tage in Anspruch genommen. Erst danach wurde das Strafmaß verkündet.

Die Verschleppung des Prozessabschlusses sollte dabei nicht nur dazu dienen, das Medieninteresse abflauen zu lassen. Die Vorlage einer mehrbändigen Urteilsbegründung erschwert auch eine umfassende Kritik des Urteils. Kaum ein Journalist wird sich mit 1.000 Seiten juristischer Fachsprache auseinandersetzen.

Der russische Präsident Vladimir Putin hat den Prozess immer wieder als rechtsstaatlich bezeichnet. In Interviews hat er dabei häufig eine Parallele zum Prozess gegen die Manager des amerikanischen Konzerns Enron gezogen, die in den USA wegen Bilanzmanipulationen zu bis zu 20 Jahren Haft verurteilt worden waren. Die Aussagen Putins können in zweierlei Weise interpretiert werden. Zum einen erheben sie den Anspruch einer Zustandsbeschreibung. Zum anderen bieten sie eine Interpretation der Jukos-Affäre.

Als Zustandsbeschreibung ist die Darstellung Putins eindeutig falsch. Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien und russisches Recht sind sowohl beim staatlichen Vorgehen gegen den Jukos-Konzern als auch beim Chodorkowskij-Prozess hinreichend dokumentiert. Für den Prozess gegen führende Jukos-Mitarbeiter hat etwa der Europarat in einer Resolution vom Januar 2005 Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und gegen die russische Strafprozessordnung aufgelistet.

Bezogen auf den Prozess gegen Chodorkowskij erscheinen folgende rechtsstaatliche Defizite eindeutig belegt:

- Behinderung der Anwälte Chodorkowskij. Zeitweise war ihnen der Kontakt mit ihrem Klienten nicht möglich. Ihre Kanzleien wurden durchsucht, relevante Dokumente beschlagnahmt. Die gesamte Kommunikation zwischen Chodorkowskij und seinen Anwälten wurde während des Prozesses vom Gericht kontrolliert.
- Einschränkung der Öffentlichkeit der Verhandlung. Der Zugang der Öffentlichkeit, darunter Journalisten und Vertreter von nicht-staatlichen Organisationen, zum Prozess wurde durch organisatorische Maßnahmen stark eingeschränkt.
- Ungerechtfertigte Untersuchungshaft. Die Ablehnung einer Freilassung auf Kaution widerspricht nach Einschätzung des Europarates sowohl russischem Recht als auch der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte.
- Manipulation der Gerichtsverhandlung. Der Staatsanwaltschaft werden erhebliche Möglichkeiten eingeräumt, Zeugen unter Druck zu setzen. Beweisanträge der Verteidigung hingegen wurden regelmäßig unter Bezug auf formale Argumente, wie z.B. das Fehlen einer dritten Fotokopie des Dokumentes, abgelehnt. Die Dominanz der Staatsanwaltschaft im Verfahren wurde auch dadurch deutlich, dass das Urteil in weiten Teilen die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft fast wörtlich übernahm.
- Fragwürdige Interpretation von Straftatbeständen. Der Vorwurf, Chodorkowskij sei der Kopf einer kriminellen Vereinigung, beruht auf einer sehr unpräzisen Definition der organisierten Kriminalität im russischen Strafrecht. Die Eigentümer eines legalen Konzerns aufgrund vor allem von Vorwürfen der Steuerhinterziehung zu einer kriminellen Vereinigung zu erklären ist aber inhaltlich nicht nachvollziehbar und in der russischen Rechtsprechung bisher ohne Präzedenzfall. Der Vorwurf der Steuerhinterziehung basiert zum Teil auf der rückwirkenden Anwendung einer Anordnung des Finanzministeriums. Die rückwirkende Anwendung von Steueränderungen ist in der russischen Verfassung ausdrücklich untersagt und dürfte nach

Einschätzung des Europarates auch der Europäischen Menschenrechtskonvention widersprechen.

Putins Beschreibung der Jukos-Affäre kann aber auch dahingehend verstanden werden, dass die Jukos-Affäre ein Einzelfall bleiben soll. Viele Beobachter haben in diesem Sinne vermutet, dass Putin die Auswirkungen auf das Investitionsklima abschwächen will. So sind seit Beginn des Jahres etliche Gesetzesänderungen in Vorbereitung, die eine Wiederholung der Jukos-Affäre unmöglich machen sollen. Insbesondere ist die Verjährungsfrist für Privatisierungskriminalität drastisch verkürzt worden und eine Einschränkung der rückwirkenden Steuerüberprüfung ist in Vorbereitung. Aus dieser Sicht ist die Jukos-Affäre ein trauriger Einzelfall, der jetzt schnell abgehakt werden sollte.

Auch hier sind aber erhebliche Zweifel angebracht. Was die rechtsstaatlichen Mängel betrifft, ist der Chodorkowskij-Prozess eindeutig kein Einzelfall. Ähnliche Manipulationen gab es bereits in etlichen Fällen z.B. in Prozessen gegen Journalisten, Wissenschaftler und Nicht-Regierungsorganisationen. Hinzu kommt, dass die jetzt vorgenommenen Gesetzesänderungen nur dann eine Garantie gegen eine Wiederholung der Jukos-Affäre wären, wenn ihre Einhaltung auch für Staatsvertreter verbindlich wäre. Wie der Chodorkowskij-Prozess gezeigt hat, ist dies aber nicht zwingend. In einem Staat, in dem bei Bedarf Gesetze ignoriert werden, können Gesetzesänderungen keine Rechtssicherheit schaffen.

Zusammenfassend bleibt damit festzuhalten, dass Putins Darstellung der Jukos-Affäre in jeder Hinsicht irreführend ist. Sie passt damit in das Resümee, das die britische Zeitschrift Economist im Hinblick auf die Rolle der Staatsvertreter allgemein zieht: „Während die Affäre den autoritären Charakter von Putins Regime offenlegt, hat sie noch etwas anderes nicht weniger beunruhigendes gezeigt: unorganisierte Inkompetenz.“

„Rechtliche Unzulänglichkeiten.“ Die Resolution des Europarates

Parlamentarische Versammlung des Europarates:

Die Umstände um die Verhaftung und Strafverfolgung von führenden Yukos-Verantwortlichen

Provisorische Ausgabe

Resolution 1418 (2004)

(Bericht des Ausschusses für rechtliche Angelegenheiten und Recht und Menschenrechte, Berichterstatterin: Frau Sabine Leuthuesser-Schnarrenberger)

Der Text wurde von der Versammlung am 25. Januar 2005 angenommen (3. Sitzung).

Auszüge:

1. Die Parlamentarische Versammlung bekräftigt ihr Engagement für Rechtsstaatlichkeit als einen der wichtigsten Werte des Europarates und bringt besorgt angesichts der Unzulänglichkeiten von Gerichtsverfahren in der Russischen Föderation, die durch die Fälle mehrerer ehemaliger Yukos-Verantwortlichen offensichtlich werden, ihre Besorgnis zum Ausdruck. [...]
7. Sachverhalte, die auf ernste Verfahrensrechtsverletzungen hinweisen, die von verschiedenen Polizeibehörden gegen Herrn Khodorkowsky, Herrn Lebedev und Herrn Pichugin, ehemalige führende Yukos-Verantwortliche, begangen wurden, erhärteten sich bei Besuchen zur Feststellung des Sachverhalts, während einige Behauptungen dem Anschein nach von dem Verteidigungsteam übertrieben wurden. Insgesamt stellen die Feststellungen die Fairness, die Unparteilichkeit und Objektivität der Behörden in Frage, die dem Anschein nach in überzogener Weise und unter Missachtung fundamentaler, von der Russischen Strafprozessordnung und von der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierter Rechte der Verteidigung gehandelt haben.
8. Die ernstesten bestätigten Unzulänglichkeiten sind die folgenden:
 - i. Trotz ausdrücklicher Anträge der Anwälte der Verteidigung wurden nicht rechtzeitig Untersuchungen durchgeführt, die hätten ermitteln können, ob Herr Pichugin Injektionen mit psychotropen Medikamenten erhalten hatte oder nicht; Herr Pichugin wurde auch im „Lefortowo“-Gefängnis untergebracht, das nicht den üblichen Kontrollen des Justizministeriums unterliegt und unter der direkten Kontrolle des FSB verbleibt, was einer konkreten Verpflichtung zuwiderläuft, die die Russische Föderation übernommen hatte, als sie dem Europarat beitrug;
 - ii. Mängel bei der ärztlichen Betreuung von Herrn Lebedev im Gefängnis: Angesichts ernster Besorgnis hinsichtlich des über den sich verschlimmernden Gesundheitszustandes von Herrn Lebedev haben sich die Gefängnisverwaltungen trotz wiederholter Ersuchen bisher geweigert, eine Untersuchung von Herrn Lebedev durch unabhängige Ärzte zuzulassen;
 - iii. Verzögerungen bei der Beschaffung der Genehmigung des Staatsanwaltes verhinderten, dass Rechtsanwälte während einer besonders kritischen Zeit nach ihren Festnahmen mit ihren Mandanten Kontakt aufnehmen, was es für sie schwieriger machte, ihre Verteidigung zu organisieren. Eine Gesetzesreform, welche das Erfordernis einer vorherigen Genehmigung seitens der Staatsanwaltschaft für Rechtsanwälte abschafft, um ihre Mandanten im Gefängnis zu besuchen, wurde zumindest in den Fällen ehemaliger Yukos-Verantwortlicher nicht in die Praxis umgesetzt;
 - iv. Verweigerung des Zutritts zum Gerichtssaal für die Anwälte der Verteidigung von Herrn Lebedev während der Verhandlung, bei der über seine Untersuchungshaft entschieden wurde;
 - v. Suche nach und Beschlagnahme von Dokumenten in den Kanzleien der Anwälte der Verteidigung, Vorladungen von Rechtsanwälten zur Befragung über die Fälle ihrer Mandanten und behauptetes Abhören von Anwälten der Verteidigung: Es darf der Staatsan-

- waltschaft nicht gestattet werden, den besonderen Schutz der Beziehung des Anwalts zu seinem Mandanten durch ein einfaches Spielen mit Aktenzeichen auszuhebeln, dies insbesondere dann nicht, wenn die Fälle so eng miteinander verbunden sind wie die Strafsachen gegen Khodorkowsky, Lebedev und Pichugin und die Steuersachen gegen Yukos und ihre Tochtergesellschaften;
- vi. ungerechtfertigte Einschränkungen des öffentlichen Charakters bestimmter Gerichtsverfahren: Die Öffentlichkeit hatte zu bestimmten Verhandlungen, welche als öffentlich angekündigt wurden, extrem eingeschränktem Zugang, während andere Termine von vornherein unter Ausschluss der Öffentlichkeit angesetzt wurden bzw. werden. Insbesondere wurden sämtliche Verfahren gegen Herrn Pichugin unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehalten, obwohl nur ein kleiner Teil der Prozessakten als geheim eingestuft wurde. Seine Anwälte erhielten strikte Instruktionen, die Verfahren nicht in der Öffentlichkeit zu erörtern, selbst die Begründung des Endurteils kann geheimgehalten werden;
 - vii. Ablehnung der Kautions (insbesondere in Bezug auf Herrn Khodorkowsky): Herr Khodorkowsky wurde mehrere Monate nach Herrn Lebedev's Festnahme mit sehr ähnlichen Gründen in Untersuchungshaft genommen, wobei letztere Festnahme in Medienberichten als eine „Warnung“ an Herrn Khodorkowsky interpretiert wurde. Herr Khodorkowsky's Verhalten zeigte, dass es keine Flucht- oder Verdunkelungsgefahr gab. Nach Abschluss der vorprozessualen Ermittlungen Voruntersuchungen wurden Herrn Khodorkowsky und Herr Lebedev in Haft gehalten, was im Lichte der Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in den Fällen von Kalaschnikow gegen Russland und Letellier gegen Frankreich zusätzliche Fragen aufwirft. Des Weiteren werden nach einer kürzlich eingeführten Gesetzesreform Personen, die wegen nicht gewalttätiger Vergehen der „Wirtschaftskriminalität“ angeklagt werden, wie die angeblich von Herrn Khodorkowsky begangenen, allgemein nicht in Untersuchungshaft genommen;
 - viii. weitere unfaire Aspekte der Prozesse gegen Herrn Khodorkowsky, Herrn Lebedev und Herrn Pichugin: Das Gericht erlaubt es dem Staatsanwalt, systematisch, die Protokolle der vorprozessualen Zeugenbefragungen zu verlesen und im Gerichtssaal Druck auf die Zeugen dahingehend auszuüben, diese Protokolle einfach zu bestätigen. Dies unterminiert die Wirksamkeit des Rechtes der Verteidigung, Zeugen der Anklage zu befragen, bei deren vorprozessualen Einvernahmen sie im Allgemeinen nicht anwesend sein dürfen. Den Anwälten der Verteidigung wird es auch nicht gestattet, in der Untersuchungshaftanstalt und im Gerichtssaal mit den Angeklagten schriftliche Notizen auszutauschen, sie können lediglich Notizen austauschen, nachdem das Gericht sie zuvor zuerst gelesen hat.
9. Die Versammlung merkt an, dass die Umstände im Zusammenhang mit bei der Festnahme und Strafverfolgung von führenden Yukos-Verantwortlichen begründeten Anlass zu der Annahme geben, dass man es hier mit einem eindeutigen Fall der Missachtung der Rechtsstaatlichkeit zu tun hat und dass diese Führungskräfte – in Verletzung des Grundsatzes der Gleichheit Gleichbehandlung vor dem Gesetz – willkürlich von den Behörden herausgegriffen wurden.
 10. Insbesondere wurden die angeblich missbräuchlichen, von Yukos zur Steuerminimierung verwendeten Praktiken auch von anderen Öl- und Schürfgesellschaften angewandt, die in der Russischen Föderation tätig sind und die nicht Gegenstand einer ähnlichen Steuernachforderung oder deren Zwangsvollstreckung waren und deren obere Führungskräfte führende Verantwortliche nicht strafrechtlich verfolgt wurden. Während das Gesetz in 2004 geändert und das angebliche „Schlupfloch“ entsprechend geschlossen wurde, gehen die zur Last gelegten Handlungen auf das Jahr 2000 zurück, und die rückwirkende Strafverfolgung begann in 2003.
 11. Einschüchterungsmaßnahmen seitens verschiedener Polizeidienststellen gegen Yukos und ihre Geschäftspartner und sonstige mit Herrn Khodorkowsky und seinen Gesellschaftern verbundene Institutionen und die sorgfältige Vorbereitung dieser Strafverfolgung hinsichtlich der Public Relations vermitteln zusammengenommen ein Bild eines abgestimmten Angriffs des Staates.

12. Die Anklagen im Anschluss an eine rückwirkende Veränderung des Steuerrechtes von Personen, welche die Möglichkeiten nutzten, die das Gesetz in seiner zum Zeitpunkt der ihnen zur Last gelegten Handlungen geltenden Fassung bot, wirft hinsichtlich des in Artikel 7 EMRK aufgestellten Grundsatzes, dass es ein strafbares Verhalten nur aufgrund eines gültigen Strafgesetzes zur Tatzeit geben kann (*nullum crimen, nulla poena sine lege*), und auch hinsichtlich des in Artikel 1 des Ersten Protokolls zum 1. Zusatzprotokolls zur EMRK aufgestellten niedergelegten Rechtes auf Schutz des Eigentums ernste Fragen auf.
13. Angesichts des Vorstehenden (Absätze 8 – 12) ist die Versammlung der Auffassung, nach der dass die Umstände bei der Festnahme und Strafverfolgung von führenden Yukos-Verantwortlichen vermuten lassen, dass das Interesse des staatlichen Eingreifens in diesem Fall über die bloße Strafrechtspflege hinausgeht und Sachverhalte mit umfasst, wie die Schwächung eines eine deutliche Sprache führenden politischen Gegners, die Einschüchterung anderer wohlhabender Personen und die Zurückgewinnung der Kontrolle über strategisch wichtiges wirtschaftliches Vermögen. [...]

Quelle für die deutsche Übersetzung: <http://www.leutheusser-schnarrenberger.de/untermenues/uebersetzung-yukos.htm>

Die Jukos-Affäre von Mai 2003 bis Mai 2005

Mai 2003	Veröffentlichung des Berichts eines Rats für nationale Strategie (SNS) über die Verschwörung der Oligarchen zur Machtergreifung in Russland
19.06.2003	Verhaftung des Sicherheitschefs von Jukos Alexej Pitschugin. Ihm wird Anstiftung zum Doppelmord vorgeworfen.
02.07.2003	Platon Lebedjew, Millionär und Miteigentümer des Mineralölunternehmens Jukos wird festgenommen und verhört. Ihm wird vorgeworfen, bei der Privatisierung des Chemieunternehmens Apatit den Staat um 283 Mio. Rubel (heute ca. 8–9 Mio. Euro) betrogen zu haben.
04.07.2003	Michail Chodorkowskij und Leonid Newslin werden von der Generalstaatsanwaltschaft einvernommen. In den Büros von Jukos und Apatit werden Unterlagen beschlagnahmt.
09.07.2003	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass gegen das Mineralölunternehmen Jukos ein Untersuchungsverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet worden ist.
16.07.2003	Die Generalstaatsanwaltschaft fordert das Steuerministerium auf, Aktivitäten von Jukos zu untersuchen.
04.09.2003	Die Generalstaatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren gegen Jukos-Moskau.
05.10.2003	Durchsuchung des Büros von Anton Drel, der Platon Lebedjew als Verteidiger vertritt.
16.10.2003	Anton Drel wird von der Staatsanwaltschaft vorgeladen.
17.10.2003	Die Staatsanwaltschaft eröffnet ein Untersuchungsverfahren gegen Wassilij Schachnowskij, den Vorsitzenden von Jukos-Moskau. Schachnowskij besitzt 7% der Jukos-Aktien.
25.10.2003	Michail Chodorkowskij, der Vorstandsvorsitzende von Jukos, wird auf dem Flughafen von Nowosibirsk unter dem Vorwurf des Steuerbetrugs von der Polizei festgenommen und nach Moskau verbracht.
30.10.2003	Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt im Zuge des Verfahrens gegen eine Reihe von Jukos-Managern 44% der Jukos-Aktien.
02.11.2003	In einem Interview für den Fernsehsender Rossija ermahnt der neue Leiter der Präsidialverwaltung, Dmitrij Medwedjew, die Verwaltungs- und Rechtsorgane, die ökonomischen Folgen ihrer Handlungen zu bedenken. Er bezeichnet es u.a. als Fehler, dass die Justiz Jukos-Aktien beschlagnahmt hat.
03.11.2003	Michail Chodorkowskij, der sich derzeit in Untersuchungshaft befindet, gibt bekannt, dass er seine Position bei Jukos aufgibt und das Unternehmen verlässt.
03.11.2003	Leonid Newslin, Anteilseigner von Jukos und bis vor kurzem der zweite Mann in der Leitung dieses Unternehmens, erhält einen israelischen Pass unter Beibehaltung seiner russischen Staatsbürgerschaft. Newslin hält sich gegenwärtig in Israel auf.
11.11.2003	Das Moskauer Stadtgericht weist im Falle Chodorkowskij den Antrag auf Haftentlassung ab.
14.11.2003	Putin besucht den 13. Kongress des russischen Unternehmerverbandes RSPP. Er versichert, Macht und Business würden den Dialog vertiefen und weiter eng zusammenarbeiten.
20.11.2003	Der Justizminister, Jurij Tschajka, beschuldigt den ehemaligen Jukos-Chef Chodorkowskij, seinen Anwälten Anweisung gegeben zu haben, potentielle Zeugen unter Druck zu setzen. Der Anwältin, die die Anweisungen entgegengenommen haben soll, droht der Minister mit Entzug der Anwaltslizenz.
25.11.2003	Die Staatsanwaltschaft gibt die Beendigung ihrer Voruntersuchungen bekannt, die der Anklage gegen Michail Chodorkowskij zugrunde liegen. Gemäß des Verfahrenskodex muss sich jetzt die Verteidigung mit dem Beweismaterial auseinandersetzen, das 200 Bände umfasst, ehe das Verfahren beginnen kann.
27.11.2003	Der Leiter der Abteilung für Körperschaftseinkommensteuer beim Steuerministerium, Karen Oganjan, erklärt auf einer Pressekonferenz, dass die von russischen Ölgesellschaften genutzten Steueroptimierungsverfahren formal legal seien.

02.12.2003	Das Steuerministerium behauptet, dass Jukos Steuerzahlungen umgangen hat, die sich auf eine Höhe von insgesamt 2,2 Mrd. US\$ (65 Mrd. Rubel) belaufen, zuzüglich Geldbußen in einer Höhe von 2,8 Mrd. US\$ (85 Mrd. Rubel).
23.12.2003	Michail Chodorkowskijs Untersuchungshaft wird um weitere drei Monate verlängert.
29.12.2003	Jukos erhält von den Steuerbehörden die offizielle Forderung von 3,32 Mrd. US\$ angeblich unbezahlter Steuern für das Steuerjahr 2000. Die Gesellschaft betrachtet diese Beschuldigungen als unbegründet und erklärt, Gerichtsverfahren einzuleiten, um die Gesetzmäßigkeit ihrer Aktivitäten zu beweisen.
12.01.2004	In einem Interview in der Tageszeitung Wedomosti verteidigt Premierminister Michail Kasjanow das Vorgehen von Jukos, indem er sagt, dass die Steueroptimierungsverfahren des Konzerns durch das Vorhandensein von Steueroasen in russischen Regionen legal seien. Für diesen Zustand sei die Regierung verantwortlich.
15.01.2004	Chodorkowskijs Einspruch gegen eine Haftverlängerung bis zum 25.3.2004 wird vom Moskauer Stadtgericht während einer vorgezogenen Vernehmung mit dem Argument der organisierten Kriminalität abgewiesen. Chodorkowskij gibt bekannt, er sei nicht länger Anteilseigner von Jukos. Während dieser Vernehmung werden von der Anklage die Namen zweier weiterer Schlüsselfiguren der Chodorkowskij-Gruppe genannt, Leonid Newslin und Wladimir Dubow, die ebenfalls der organisierten Kriminalität beschuldigt werden.
27.01.2004	Leonid Newslin, Wladimir Dubow und Michail Brudno (alle zur Zeit in Israel) sowie sieben weitere hochrangige Mitglieder der Jukos-Gruppe werden der Veruntreuung von Geldern sowie der Steuerhinterziehung angeklagt und unter internationalen Haftbefehl gestellt.
05.02.2004	Ein Moskauer Stadtgericht erklärt Wassilij Schachnowskij schuldig, 28 Mio. Rubel Einkommenssteuern in den Jahren 1998-2000 hinterzogen zu haben, setzt ihn aber auf freien Fuß.
09.02.2004	Platon Lebedjew, in Haft seit dem 2.7.2003, muss für weitere drei Monate in Untersuchungshaft bleiben. Einer Beschwerde gegen die Fortdauer seiner Haftzeit wurde nicht stattgegeben.
10.02.2004	Lebedjew wird der Hinterziehung von 7 Mio. Rubel personenbezogener Steuern beschuldigt. Seine Anklageschrift wird um diesen Punkt erweitert.
16.02.2004	Newslin, Brudno und Dubow erklären, dass sie ihre Anteile an Jukos aufgeben würden, wenn Chodorkowskij und Lebedjew dafür aus der Haft entlassen würden. Die Staatsanwaltschaft weist den Vorschlag als absurd und unmoralisch zurück.
27.02.2004	Wladimir Malin, Vorsitzender des Fonds für Staatsvermögen seit 2000, wird korruptes Verhalten im Zusammenhang mit der Privatisierung des Chemieunternehmens Apatit vorgeworfen.
22.03.2004	Chodorkowskijs Untersuchungshaft wird bis zum 25.5.2004 verlängert. Der Antrag der Verteidigung, Chodorkowskij als Alternative zur Untersuchungshaft unter Hausarrest zu stellen, wurde abgelehnt.
31.03.2004	Das parlamentarische Komitee für Auswärtige Angelegenheiten im US Kongress verlangt von der Administration des US Präsidenten, Russland aufgrund seines Mangels an Achtung demokratischer Prinzipien und Praktiken aus der G8 auszuschließen. Der russische Außenminister Lawrow und andere hochrangige Politiker tun in ihren Kommentaren diese Resolution als diskussionsunwürdig ab.
15.04.2004	Der Prozess gegen Platon Lebedjew wird im Bezirksgericht des Moskauer Bezirks Meschtschanskij eröffnet. Lebedjew befindet sich seit 2.7.2003 in Untersuchungshaft und wird des schweren Betrugs, der Veruntreuung und Steuerhinterziehung angeklagt.
13.04.2004	Die Jukos-Tochtergesellschaft Samaraneftegas wird der Steuerhinterziehung in Höhe von 112 Millionen US\$ angeklagt.
16.04.2004	Das Moskauer Schiedsgericht erlässt eine Verfügung, die Jukos jegliche Veräußerung von Eigentum bzw. den Verkauf von Aktien verbietet. Das Kapital des Konzerns soll dem Steuerministerium als Sicherheit für die geforderten 99,4 Mrd. Rubel dienen.

07.05.2004	Wie geplant findet die erste Anhörung über die Forderung des Steuerministeriums von 99 Mrd. Rubel gegenüber Jukos vor dem Moskauer Schiedsgericht statt. Die Anhörung konzentriert sich auf verfahrensrechtliche Punkte und verschiebt die Behandlung substantieller Argumente aufgrund der Komplexität des Falles und der Fülle an Beweismaterial um eine Woche auf den 14.5.2004. Eine Petition der Jukos-Verteidigung, das Verfahren vor das Schiedsgericht des Autonomen Bezirks Chantij-Mansiisk in Westsibirien– der Region, in der die Jukos AG eingetragen ist – zu bringen, wird abgelehnt.
12.05.2004	Ein erneuter Einspruch gegen die Verlängerung von Chodorkowskij's Untersuchungshaft und die Bitte um Freilassung gegen eine Bürgschaft werden abgelehnt mit der Begründung, Chodorkowskij von der Kontaktaufnahme mit den Mitgliedern der organisierten kriminellen Gruppe (den anderen Menatep Partnern, die sich noch in Tel Aviv aufhalten) abzuhalten.
26.05.2004	Das Moskauer Schiedsgericht entscheidet zugunsten des Steuerministeriums und fordert von Jukos die Zahlung von 3,4 Mrd. US\$ (99 Mrd. Rubel) rückständiger Steuern.. Damit wird eine Gerichtsentscheidung vom 19.5.2004 konterkariert, die dem Steuerministerium jegliche Steuerforderungen untersagt, bis über die Rechtmäßigkeit der Forderungen durch das Gericht am 28.05.2004 entschieden ist.
28.05.2004	Im Bezirksgericht des Moskauer Bezirks Meschtschanskij wird das Verfahren gegen Chodorkowskij eröffnet. Zunächst muss der Richter feststellen, dass in der Anklageschrift eine Seite nicht unterschrieben ist und drei Seiten nicht vorhanden sind. Nach Behebung dieser Mängel gibt das Gericht einem Antrag des Steuerministeriums (als Zivilkläger) statt, Zeit zum Studium des Falles zu bekommen und der Prozess wird bis zum 8.6.2004 vertagt.
03.06.2004	Beamte des Steuer- und des Innenministeriums durchsuchen die Geschäftsräume von Jukos, um Dokumente zu beschlagnahmen, die im Zusammenhang mit den Operationen der Gesellschaft in den Jahren 1998-2000 stehen.
07.06.2004	Die Begründung für die richterliche Entscheidung vom 26.5.2004, die dem Steuerministerium erlaubt, von Jukos die rückständigen Steuern einzufordern, wird vom Moskauer Schiedsgericht publiziert.
08.06.2004	Im Prozess gegen Chodorkowskij gibt die Richterin dem Ersuchen der Verteidiger von Chodorkowskij und Lebedjew statt, die beiden Prozesse zusammenzulegen.
11.06.2004	Der Vorsitzende des Moskauer Schiedsgerichts lässt die Richterin auswechseln, welche die Anfechtung der Rechtsgültigkeit der Steuerforderungen des Steuerministeriums durch Jukos verhandelt mit der Begründung, sie sei unzuverlässig.
14.06.2004	Jukos lässt verkünden, dass die Gesellschaft bereit sei, über eine außergerichtliche Einigung im Falle der Steuerforderungen zu diskutieren, wenn es erlaubt wird, die Steuern in Raten zu zahlen oder das derzeit eingefrorene Vermögen veräußern zu können.
15.06.2004	Verschiedene Politiker und Personen des öffentlichen Lebens – darunter einige, die der Putin-Administration nahe stehen – äußern sich zur Jukos-Affäre und betonen, dass an einem Bankrott der Gesellschaft kein Interesse bestehe und die Rechte der Anteilseigner, besonders auch der ausländischen, zu berücksichtigen seien.
17.06.2004	Präsident Putin beteuert vor Journalisten in Taschkent, dass die Regierung nicht daran interessiert sei, eine Gesellschaft wie Jukos in den Bankrott zu treiben. Ihr Ziel sei es, die Gesellschaft vor einem allmählichen Untergang zu bewahren.
18.06.2004	Das Moskauer Schiedsgericht lehnt die Anrufung von Jukos ab, alle Anhörungen und Verfahren, hinsichtlich der Steuerforderungen des Steuerministeriums von 99 Mrd. Rubel auszusetzen bis ein Ergebnis des gleichzeitig verlaufenden Rechtsstreites vorliegt, der durch die Anfechtung der Rechtsgültigkeit dieser Forderung durch Jukos entstanden war. (In diesem Parallelprozess hat das Steuerministerium seinerseits Einspruch erhoben gegen ein vorläufiges Einfrieren seiner Steuerforderungen). Das Gericht befasst sich außerdem mit einem Einspruch des Steuerministeriums gegen die Entscheidung vom 26.5.2004, wonach die Steuerforderung des Ministeriums an Jukos bis auf einen minimalen Teil von 40.000 Rubel aufrechterhalten wird.

29.06.2004	Das Moskauer Schiedsgericht bestätigt die Entscheidung, welche die Forderungen des Steuerministeriums gegen Jukos von 99 Mrd. Rubel aufrechterhält. Aufgrund der Tatsache, dass diese Entscheidung durch ein höheres Gericht gefällt wurde, kann die Forderung in Kraft treten. Jukos kann beim Kassationsgericht Berufung gegen das Urteil einlegen, um die Vollstreckung hinauszuschieben.
30.06.2004	Mit dem Erscheinen von Gerichtsvollziehern (begleitet von einem Kontingent bewaffneter Bodyguards) im Moskauer Büro von Jukos schwindet jede Hoffnung, die Steuerbehörden könnten den Weg informeller Verhandlungen mit Jukos über die Art und Weise der Zahlung der Steuerschulden wählen.
03.07.2004	Eine große Gruppe Untersuchungsbeamter der Staatsanwaltschaft, eskortiert von bewaffneter Polizei, beschlagnahmt nach einer achtstündigen Durchsuchungsaktion weitere Dokumente aus dem Zentralbüro von Jukos in Moskau.
05.07.2004	Jukos erhält offiziell die zweite Steuerforderung von 98 Mrd. Rubel für das Jahr 2001.
05.07.2004	Von offizieller Seite wird erklärt, dass die Beschlagnahmung einer großen Anzahl von Dokumenten im Moskauer Zentralbüro von Jukos mit einer Ermittlung wegen Steuerhinterziehung durch Samaraneftegas, einer Tochtergesellschaft von Jukos, in Verbindung stehe.
05.07.2004	Bei der Jukos-Tochtergesellschaft Tomskneft in Westsibirien erscheinen Gerichtsvollzieher. Es ist unklar, was ihr Ziel ist.
07.07.2004	Jukos erklärt in einer Pressemitteilung, dass die Gesellschaft den Gerichtsvollziehern schriftlich den Vorschlag unterbreitet hätte, ihren Anteil von 35% an Sibneft als Ausgleich für die Steuerschulden von 99 Mrd. Rubel (für 2000) zu nutzen. Trotz seiner legalen und finanziellen Berechtigung wird dieser Vorschlag ignoriert und das gesamte Vermögen untersucht. Währenddessen versuchen die Rechtsanwälte von Jukos vor Gericht eine Aussetzung der Vollstreckung zu erreichen, bleiben aber erfolglos.
07.07.2004	Chodorkowskij lässt durch seine Rechtsanwälte seine Bereitschaft erklären, seine Jukos-Anteile als Beitrag zur Abwendung des Ruins der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen.
08.07.2004	Gerichtsvollzieher in Westsibirien frieren die Bankkonten von Tomskneft ein, was die Zahlungsfähigkeit von Tomskneft blockiert und laufende Zahlungen an Lieferfirmen sowie regionale und lokale Steuerzahlungen verhindert. Tomskneft ist für 20% der Produktion der Jukos-Gruppe verantwortlich.
09.07.2004	Finanzminister Alexej Kudrin sagt, dass es Jukos nicht erlaubt werde, seine Steuerverpflichtungen in Raten zu zahlen, da die Gesellschaft ausreichend Vermögen habe, um in einem angemessenen Zeitraum und vollständig zahlen zu können. Die Rechtsanwälte von Jukos legen formal Protest gegen die Steuerforderung von 99 Mrd. Rubel für das Jahr 2000 beim Kassationsgericht ein.
12.07.2004	Der Prozess gegen Chodorkowskij und Lebedjew wird wiedereröffnet.
14.07.2004	Im nun laufenden Prozess gegen Chodorkowskij und Lebedjew beginnt der Staatsanwalt, alle Rechtsgründe gegen die Angeklagten vorzubringen.
14.07.2004	Die Gerichtsvollzieher beschlagnahmen die Aktionärsregister der Tochtergesellschaften Juganskneftegas und Samaraneftegas und schätzen den Wert dieser Kapitalien.
16.07.2004	Michail Chodorkowskij hält seine persönliche Verteidigungsrede vor Gericht, in der er unter anderem auf den Schaden für Russland hinweist, der durch die Gesetzlosigkeit der Attacke gegen ihn entstanden ist.
20.07.2004	Die Gerichtsvollzieher verkünden, dass Juganskneftegas – die Tochtergesellschaft, die für den größten Teil der Erdölproduktion von Jukos verantwortlich ist – beschlagnahmt und zur Tilgung der ausstehenden Steuerverbindlichkeiten von 99 Mrd. Rubel verkauft werden könne.
26.07.2004	Das Gericht des Moskauer Basmannij Bezirks erlässt einen Haftbefehl gegen Leonid Newslin (der sich derzeit noch in Israel aufhält) wegen Mordes.
30.07.2004	Jukos lässt verlauten, dass die Gesellschaft 1,8 Mrd. US\$ ihrer insgesamt 3,4 Mrd. US\$ Steuerschulden für das Jahr 2000 bis Ende August zurückzahlen will.

04.08.2004	Die Gerichtsvollzieher geben Jukos-Konten frei, damit die Gesellschaft ausstehende Lohnzahlungen tätigen kann. Es bleibt offen, ob diese Entscheidung auf andere Zahlungen wie Transportkosten ausgeweitet werden kann.
12.08.2004	Das Ersuchen von Jukos, die Zahlung der Steuerschulden zu verschieben, um einen Konkurs des Unternehmens zu vermeiden, wird durch das Moskauer Schiedsgericht zurückgewiesen.
17.08.2004	Das Moskauer Schiedsgericht lehnt das Ersuchen von Jukos ab, anstelle von Juganskneftegas, Tomskneft, Samaraneftegas oder anderer für den laufenden Betrieb des Unternehmens wichtige Vermögensteile die Anteile der Gesellschaft an Sibneft zu verkaufen. Außerdem weist das Gericht die Bitte von Jukos zurück, den Gerichtsvollzug, der am 30.6.2004 in Gang gesetzt wurde, auszusetzen bis die Gerichte über die Rechtmäßigkeit des Einfrierens der Anteile an Juganskneftegas, Tomskneft und Samaraneftegas entschieden hätten.
27.08.2004	Dem Einspruch von Jukos, die Steuerforderungen für das Jahr 2000 für unwirksam zu erklären, entspricht das Moskauer Schiedsgericht teilweise, indem es die Steuerforderung um 1,1 Millionen US\$ (33 Millionen Rubel) reduziert. Die Gesellschaft hat nun noch eine Summe 1,9 Mrd. US\$ zu zahlen (1,5 Mrd. US\$ wurden schon zurückgezahlt).
03.09.2004	Das Steuerministerium gibt offiziell die Steuerforderungen gegen Jukos für das Jahr 2001 mit einer Gesamtsumme von 1,4 Mrd. US\$ an.
10.09.2004	Auf ein Ersuchen des Steuerministeriums hin, prüft das Ministerium für Bodenschätze die Möglichkeit, Juganskneftegas die Förderlizenzen zu entziehen, da die Gesellschaft einen erheblichen Zahlungsrückstand bei den an die Ölquelle gebundenen Fördersteuern aufweist. Juganskneftegas ist seit dem Einfrieren ihrer Konten durch die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage, diese Steuern zu zahlen.
06.10.2004	Das Steuerministerium beschuldigt Juganskneftegas, 27,5 Mrd. Rubel (über 950 Mio. US\$) Steuern zu wenig im Jahr 2001 gezahlt zu haben.
11.10.2004	Das Moskauer Schiedsgericht entscheidet zugunsten des Steuerministeriums, dass Jukos neben den Steuerschulden für das Jahr 2001 noch Geldbußen in Höhe von 1,35 Mrd. US\$ zahlen muss.
12.10.2004	Alexander Buksman, der Leiter der Moskauer Dienststelle des Justizministeriums, gibt bekannt, dass der Wert von Juganskneftegas durch die <i>Dresdner Kleinwort Wasserstein (DrKW)</i> auf 10,4 Mrd. US\$ beziffert werde. In den Medien war in den Wochen zuvor über einen Wert von 15-17 Mrd. US\$ spekuliert worden. Laut <i>Interfax</i> befindet sich der Wert von 10,4 Mrd. US\$ am unteren Ende des Wertebereiches, den <i>DrKW</i> für das Unternehmen genannt haben soll.
14.10.2004	<i>DrKW</i> veröffentlicht Details aus ihrem Schätzungsbericht, in dem sie den Wert von Juganskneftegas in einem Bereich von 14,7–17,3 Mrd. US\$ angegeben hatte.
28.10.2004	Die Steuerbehörden geben die Geldmittel, die auf den eingefrorenen Jukos-Konten liegen, frei. Jukos kann damit 600 Millionen US\$ seiner Steuerschulden mit einem Mal zurückzahlen. Somit ist jetzt nahezu die gesamte Summe von 3,45 Mrd. US\$ Steuerschulden für das Jahr 2000 ausgeglichen.
01.11.2004	Im Prozess gegen Michail Chodorkowskij fordert der Staatsanwalt eine Verlängerung der Untersuchungshaft um weitere drei Monate. Die Richterin gibt diesem Ersuchen statt und Chodorkowskij bleibt bis zum 14.2.2005 in Haft.
01.11.2004	Juganskneftegas erhält eine Steuerforderung von 1,03 Mrd. US\$ für das Jahr 2002, Jukos selber erhält für das gleiche Jahr eine Steuerforderung von 6,7 Mrd. US\$ (193 Mrd. Rubel).
02.11.2004	Im Prozess gegen Michail Chodorkowskij schließt der Staatsanwalt nach drei Monaten den Beweisvortrag gegen Chodorkowskij und seine Mitangeklagten ab. Der Prozess wird ab 09.11.2004 mit der Beweisführung der Verteidigung fortgeführt.
10.12.2004	Der Föderale Anti-Monopol-Dienst erklärt, dass sich drei Firmen um eine Teilnahme an der Auktion von Juganskneftegaz beworben haben: Gazpromneft, eine neugegründete Tochterfirma des Erdgaskonzerns Gazprom, sowie zwei weitere Firmen, deren Eigentümer nicht identifiziert wurden.

10.12.2004	Die Steuerbehörden erheben weitere Forderungen in Höhe von 346 Mio. US\$ gegen Samaneftegaz, die dritte Produktionsfirma von Jukos.
16.12.2004	Das amerikanische Konkursgericht in Houston verfügt in einer Eilentscheidung eine zehntägige Sperrfrist für die Versteigerung von Juganskneftegaz. Die Anordnung ist für private Firmen bindend und ihre Nichtbeachtung kann in den USA rechtliche Konsequenzen haben. In Reaktion auf diese Entscheidung zieht ein westliches Bankenkonsortium seine Kreditzusage für Gazpromneft zur Finanzierung der Auktionsteilnahme zurück. Die eigentliche Verhandlung über den Konkursantrag von Jukos soll am 16.2.2005 stattfinden.
19.12.2004	Bei der Auktion von Juganskneftegaz nehmen nur zwei Firmen teil: Gazpromneft und Baikal Finance Group (BFG). Zwei weitere zugelassene Firmen verzichten auf eine Teilnahme. Da Gazpromneft kein Gebot abgibt, gewinnt BFG mit einem Gebot von 9,35 Mrd. US\$. BFG ist erst kurz vor der Auktion mit Sitz in der russischen Stadt Twer registriert worden. Auf der Auktion wird BFG von Angehörigen der russischen Ölfirma Surgutneftegaz vertreten, der auch ein Interesse an Juganskneftegaz nachgesagt wurde. Offiziell wird später erklärt die Gründer von BFG hätten als Privatpersonen gehandelt. Mit der Zahlung der Gebotssumme müßte sich die ausstehende Steuerschuld von Jukos auf 8,7 Mrd. US\$ reduzieren.
19.12.2004	Nach einer internen Regelung der Menatep-Gruppe, des Haupteigentümers von Jukos, geht die Kontrolle über den 59,5%-Anteil von Chodorkowskij mit dem Verlust von Juganskneftegaz an seinen Partner Leonid Newslin.
31.12.2004	Die staatliche russische Ölfirma Rosneft, die für die symbolische Summe von knapp einem US-Dollar BFG erworben hat, bezahlt die von BFG gebotene Summe und übernimmt damit Juganskneftegaz. Das Management der ehemaligen Jukos-Firma wird unter Verletzung der Unternehmens-Charta sofort ausgewechselt. Rosneft als neuer Eigentümer zieht die Klage gegen die Unternehmensbeschlagnahme zurück, nicht jedoch die Klage gegen die Steuernachforderung. Die Übernahme von Juganskneftegaz kompliziert die geplante Fusion mit Gazprom, da sie eine Neubewertung der Firma erforderlich macht und aus der Übernahme von Juganskneftegaz rechtliche Konsequenzen drohen könnten. Über die Einbringung der staatlichen Rosneft in den Gazprom-Konzern will die russische Regierung über eine Aktien-Swap die absolute Mehrheit der Gazprom-Aktien erhalten.
11.1.2005	Sowohl die indische Ölfirma ONGC als auch die chinesische CNPC äußern Interesse an dem Erwerb von Anteilen an Juganskneftegaz.
13.1.2005	Die Verhandlung über den Einspruch gegen die Steuerforderungen an Juganskneftegaz wird auf den 7.2.2005 vertagt.
21.1.2005	Jukos kann seine Lieferverträge nicht mehr einhalten, da der Konzern mit Juganskneftegaz seinen größten Ölproduzenten verloren hat. Die Exportquoten werden von Rosneft als neuem Eigentümer von Juganskneftegaz übernommen. Jukos-Kunden aus der EU erklären, andere russische Ölfirmen als neue Lieferanten zu wählen. Die österreichische ÖMV und die ungarische MOL nennen an erster Stelle Lukoil. Am 27.1. wird bekannt, dass der Jukos-Konzern für Februar 2005 keine Exportquote mehr zugeteilt bekommen hat. Jukos konnte die entsprechenden Gebühren nicht zahlen, da die Konzernkonten eingefroren sind.
1.2.2005	Auf Ansuchen der russischen Behörden setzt Interpol zwei Anteilseigner der Mineralölfirma Jukos, Michail Brudno und Wladimir Dubow, auf seine Fahndungsliste.
2.2.2005	Ein Gericht in Samara erlaubt den lokalen Steuerbehörden die Beschlagnahme einer Steuernachforderung gegen die Öltransportgesellschaft Volgatanker, die früher zum Jukos-Konzern gehörte.
2.2.2005	Die Gläubiger von Jukos, für deren Kredit Juganskneftegaz als Sicherheit diente, fordern die sofortige Zurückzahlung der noch ausstehenden 540 Mio. US\$. Die Menatep-Gruppe, Mehrheitsaktionär des Jukos-Konzerns, kündigt an, die Rückzahlung von weiteren 900 Mio. US\$ zu fordern. Zuständig ist in beiden Fällen Rosneft als neuer Eigentümer von Juganskneftegaz.

3.2.2005	Michail Brudno und Wladimir Dubow, beide Anteilseigner der Mineralölfirma Jukos, nehmen an einem "Gebetsfrühstück" bei U.S. Präsident George W. Bush teil. Die russischen Behörden hatten Brudno und Dubow zwei Tage zuvor auf die Fahndungsliste von Interpol setzen lassen.
8.2.2005	Die Menatep-Gruppe verklagt die russische Regierung im Zusammenhang mit der Jukos-Affäre wegen Versagens beim Schutz ihres Investments und fordert Schadenersatz in Höhe von 28,3 Mrd. US-Dollar. Die Klage stützt sich auf die Energiecharta, ein internationales Abkommen, das Investoren im Energiebereich Rechtssicherheit geben soll. Russland hat das Abkommen unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert. Weiterhin verlangt Menatep, dass Rosneft den Kredit von 900 Mio. US-Dollar von Menatep an Juganskneftegaz zurückzahlen soll.
11.2.2005	Nach Behauptungen einiger oppositioneller Abgeordneter, dass Rosneft Juganskneftegaz erhalten hat, ohne den Preis von 9,3 Mrd. US-Dollar zahlen zu müssen, erklärt der russische Premierminister Michail Fradkow zu Anfang der Woche in der Duma, dass der Staat 7,6 Mrd. US-Dollar der gesamten Summe erhalten hat, obwohl er den Gesamtpreis nach 20 Tagen hätte erhalten müssen.
14.2.2005	Jukos verklagt Gazprom, Gazpromneft, die Baikal Finance Group und Rosneft auf mehr als 20 Mrd. US-Dollar Schadenersatz beim Konkursgericht in Houston/USA.
17.2.2005	Zwei führende Manager von Jukos, Steven Theede und Tim Osborne, treten im Rahmen einer Anhörung vor dem Außenpolitischen Ausschuss des US-Senats auf und kritisieren das Vorgehen des russischen Staates gegen den Konzern.
24.2.2005	Der Insolvenzgerichtshof in Houston, Texas, weist die Klage des Mineralölunternehmens Jukos gegen den russischen Staat ab.
3.3.2005	Der Stellvertretende Wirtschafts- und Handelsminister Andrej Scharonow teilt mit, dass der Zusammenschluss von Gazprom und Rosneft, der nach Angaben seines Ministers German Gref und des Gazprom-Vorsitzenden Alexej Miller für Juni geplant ist, das Förderunternehmen Juganskneftegaz nicht einschließen wird. Widerstreitende Informationen aus den beiden Firmen signalisieren einen internen Konflikt über das Verfahren.
24.3.2005	Putin empfängt 26 führende russische Geschäftsleute im Kreml. U.a. erklärt er, dass die Ergebnisse der Privatisierung der neunziger Jahre nicht angetastet würden, und schlägt vor, die Verjährungsfrist für Privatisierungskriminalität von zehn auf drei Jahre zu verkürzen. Jukos bezeichnet er als "Einzelfall".
25.3.2005	Ein Moskauer Geschworenengericht befindet Alexej Pitschugin, den früheren Sicherheitschef von Jukos, des Doppelmords und des versuchten Mordes für schuldig.
29.3.2005	Präsidentengehilfe Igor Schuwalow erklärt auf der Konferenz "Die Wirtschaftssituation und das Investitionsklima in Russland", dass der Fall Jukos ein Exempel für Unternehmen sei, die versuchten, Steuerzahlungen zu minimieren.
29.3.2005	Im Prozess gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedjew, den Anteilseigner des Mineralölkonzerns Jukos, beantragt der Staatsanwalt eine Haftstrafe von 10 Jahren
30.3.2005	Das Moskauer Gericht legt das Strafmaß für Alexej Pitschugin, den früheren Sicherheitschef des Mineralölunternehmens Jukos, der am 25. März des Doppelmords und des Mordversuchs für schuldig befunden worden war, auf 20 Jahre Lagerhaft fest.
5.4.2005	Präsidentengehilfe Viktor Iwanow erörtert in Peking Fragen russischer Öllieferungen an China. Probleme waren mit der Zerschlagung des Mineralölkonzerns Jukos entstanden, da Jukos der wichtigste Lieferant von russischem Erdöl an China gewesen war.
11.4.2005	Im Prozess gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedjew spricht Chodorkowskij sein Schlusswort.
19.4.2005	Das Moskauer Arbitragegericht, das für Wirtschaftsverfahren zuständig ist, beschlagnahmt auf Antrag von Juganskneftegaz, das jetzt in Hand des Mineralölunternehmens Rosneft ist, alle Aktiva des Konzerns Jukos.
31.5.2005	Michail Chodorkowskij und Platon Lebedjew werden nach zwölfjähriger Urteilsverlesung zu je 9 Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

***II. Die Jukos-Affäre in der
russischen Öffentlichkeit***

Die russische Debatte zur Jukos-Affäre. Rechtsstaatlichkeit contra Staatsinterventionismus

Bei den turbulenten Ereignissen um die einst zweitgrößte russische Erdölgesellschaft Jukos standen sich in Russland Vertreter aus Politik und Wirtschaft gegenüber, die sich vor allem zwei Gruppen zuordnen lassen. Betonen die Vertreter der einen Gruppe, dass das Jukosverfahren mit der Gesetzgebung konform geht und hinsichtlich der Durchsetzung der Steuerpflicht für alle einen Beitrag zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit im Land liefert, sehen die anderen im Jukosfall eine unrechtmäßige Strategie der „Silowiki“ in Putins Administration, die Kontrolle über den Energiesektor mittels Renationalisierung zurückzuerlangen.

Die offizielle Version: Rechtsstaatlichkeit

Präsident *Wladimir Putin* selbst hat die Jukos-Affäre immer als Beitrag zur Durchsetzung von mehr Rechtsstaatlichkeit im Land präsentiert. Dementsprechend hat er zwei Tage nach der Verhaftung des damaligen Unternehmenschefs von Jukos und Milliardärs Michail Chodorkowskij wegen Steuerhinterziehung und Privatisierungsbetrug auf einer Sitzung im Oktober 2003 mit seinen Regierungsvertretern verlauten lassen, dass es keine Treffen und Aushandlungen mit Verbands- und Unternehmensvertretern geben wird und die rechtsprechenden Organe ganz im Rahmen der russischen Gesetzgebung handeln.

Um Befürchtungen über Privatisierungsrevisionen entgegen zu treten, erklärte er beim EU Gipfel in Rom im November 2003 in einem Interview, dass Deprivatisierungen und Revisionen der Privatisierungsergebnisse nicht vorgesehen seien, betonte aber gleichzeitig, dass alle im Land nach dem Gesetz leben müssen. In das folgende Verfahren griff Putin bis auf eine Erklärung, nicht an einem Bankrott des Unternehmens interessiert zu sein, nicht öffentlich ein.

Nach dem Erwerb des erdölfördernden Herzstücks von Jukos, der Juganskneftegas, durch die staatliche Erdölgesellschaft Rosneft äußerte er in seiner Pressekonferenz am 23. Dezember 2004 im Kreml, dass Staatsunternehmen und andere Marktteilnehmer ihre Rechte haben und der Staat, wenn er die legalen Marktmechanismen nutzt, seine Interessen rechtmäßig wahrnimmt.

Empfehlungen zum Vorgehen im Jukosfall erhielt Putin besonders von den führenden Vertretern in seiner Administration. Einige Tage nach der Verhaftung Chodorkowskij kam es dort zu einschneidenden Veränderungen zugunsten von Putins St. Petersburger Führungsriege. Der bis dahin amtierende Vorsitzende und Vertreter der alten Kremlelite aus Jelzintagen Alexander Woloschin wurde durch seinen ersten Stellvertreter Dmitrij Medwedjew ersetzt, der den St. Petersburger gemäßigten Juristen angehört und zugleich Aufsichtsratsvorsitzender des halbstaatlichen Gazpromkonzerns ist.

Im April 2004 wurde Igor Setschin, der als langjähriger Wegbegleiter Putins die starken Männer aus Geheimdienstkreisen in Putins Administration, die „Silowiki“, anführt, neben Wladislaw Surkov Medwedjews Stellvertreter. In der Kremladministration gilt er als graue Eminenz und ist zudem im letzten Jahr über den Vorsitz im Aufsichtsrat der staatlichen Erdölgesellschaft Rosneft zum „Erdölkardinal“ aufgestiegen.

Im Jukosverfahren handelten sowohl Medwedjew als auch Setschin wie Putin selbst im Hintergrund und ließen die involvierten rechtsprechenden Organe in der Öffentlichkeit agieren, in denen sich ebenfalls eine Reihe von „Silowiki“ finden. Nur einmal meldete Medwedjew seine Zweifel an, indem er die juristische Effektivität der Beschlagnahmung von Jukosaktien im Herbst 2003 infrage stellte. In den Geschnehnissen zur Auktion von Juganskneftegas zur Tilgung der Steuerschuld von Jukos traten die Positionen der Kremlstrategen schließlich deutlicher zutage.

Am Vorabend der Auktion im Dezember 2004 galt die im Herbst 2004 von Gazprom und Rosneft gebildete Tochtergesellschaft Gazpromneft als Favorit, obgleich beide Muttergesellschaften zuvor bekundet hatten, nicht an Juganskneftegas interessiert zu sein. Zur erfolgreichen Aukti-

onsteilnahme hatte Gazpromneft einen Kredit von einem ausländischen Finanzkonsortium unter Führung der Deutschen Bank in Aussicht.

Nach dem Verbot zur Teilnahme an der Auktion durch das Gericht für Insolvenzanliegenheiten in Houston (USA) und der folgenden Kreditaufkündigung durch das ausländische Finanzkonsortium kam es zu einem Strategiewechsel. Zum Erwerb von Juganskneftegas durch Rosneft wurde die unbekanntes Baikalfinanzgruppe zwischengeschaltet. Gazpromneft wurde abgewickelt, und die Zusammenlegung von Gazprom und Rosneft wird in einem neuerlichen Anlauf realisiert, um der amerikanischen Gerichtsbarkeit keine Angriffsfläche zu bieten.

Putins alte und neue Regierung hat sich weitestgehend an seine Anweisung gehalten, sich nicht in die Diskussion um Jukos hinziehen zu lassen. Sie hat mit Ausnahme des im März 2004 abgelösten Regierungschefs Michail Kasjanow keine Kritik am Vorgehen der maßgeblichen Kremlstrategen laut werden lassen und diverse Vorschläge der Jukospitze zur Tilgung der Steuerschuld nicht kommentiert. Die Entscheidung zur Auktion der Juganskneftegasanteile geschah auf formalen Beschluss durch das Justizministerium hin.

Aus den Reihen der Dumaabgeordneten und Föderationsratsmitglieder gab es ebenfalls keine durchgreifenden Einwände zu Putins Kurs in Sachen Jukos. Oppositionsparteien wie Jabloko oder die Union der Rechten Kräfte, denen Chodorkowskij im Mai 2003 seine Unterstützung im Wahlkampf zugesagt hatte und die sich für ihn in der Folgezeit eingesetzt hatten, erreichten bei den Dumawahlen im Dezember 2003 nicht einmal die für den Einzug in das Parlament notwendige Fünfprozentmarke, so dass Putin seitdem im Parlament über eine komfortable verfassungsgebende Mehrheit verfügt und hier keine Gegenwehr mehr zu befürchten hat. Die jüngsten Reformen auf der föderativen Ebene hatten gleichfalls eine Stärkung der Zentralmacht und kremlkonformes Verhalten zur Folge.

Die Kritiker: Staatsinterventionismus

Als nahezu einziger entschiedener Kritiker aus den eigenen Reihen zum Vorgehen im Jukosfall trat Putins liberaler Wirtschaftsberater *Andrej Illarionow* wiederholt in Erscheinung. Bereits im Sommer 2003 warnte er davor, dass mit der sich zuspitzenden Jukos-Affäre eine „Büchse der Pandora“ geöffnet werde, die eine Revision der Privatisierungen der neunziger Jahre und einen Bürgerkrieg nach sich ziehen könne. Nach der Verhaftung Chodorkowskij machte er auf ungeheuerliche Auswirkungen für das Land durch eine „Eskalation der Situation“ aufmerksam.

Auf seiner Presskonferenz Ende Dezember 2004 nannte er die Versteigerung der Juganskneftegasanteile die „Affäre des Jahres“ und schlussfolgerte, dass sich das Modell der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung im Land endgültig verändert habe und die Vertreter der Staatsmacht sich inkompetent in die Wirtschaft einmischen. Vor diesem Hintergrund wurde er Anfang 2005 seines Amtes als zuständiger Vertreter des Präsidenten bei G8-Angelegenheiten enthoben und in seinen Kompetenzen beschnitten.

Führende Vertreter des russischen Unternehmerverbandes, in dem die Wirtschaftselite des Landes inklusive Chodorkowskij branchenübergreifend organisiert ist, befürchteten wie Illarionow in Verbindung mit der Jukos-Affäre Privatisierungsrevisionen. Sowohl im Vorfeld als auch nach der Verhaftung Chodorkowskij richteten sie Anfragen bzw. Briefe an den Präsidenten, damit dieser Stellung hierzu nehme. Da Putin signalisierte, dass keine Revisionen der Privatisierungsergebnisse vorgesehen seien, setzten die Verbandsvertreter auf Verhandlungen.

Zur Auktion von Juganskneftegas äußerte sich der Verbandsvorsitzende *Arkadij Wolskij* dann allerdings eindeutig kritisch und hob einen immensen Schaden für das Investitionsimage Russlands aufgrund der seltsamen Verkaufsprozedur hervor. Wolskij's Vizepräsident *Igor Jürgens* hatte zwar bereits im Oktober 2004 einen durch Jukos initiierten Übergang zum Staatskapitalismus öffentlich thematisiert, aber dieser wurde in der Folgezeit im Dialog mit den Staatsorganen nicht diskutiert. Der Einfluss des Unternehmerverbandes ist begrenzt und hat sich im Verlauf der Jukos-Affäre verringert.

Kurz vor seiner Verhaftung brachte *Michail Chodorkowskij* in Interviews zum Ausdruck, dass

er die Jukos-Affäre, die offiziell mit der Festnahme des Leiters des Sicherheitsdienstes seines Unternehmens, Aleksej Pitschugin, Anfang Juni 2003 begonnen und sich über die Verhaftung des Chefs der Menatep Bank und Hauptaktionärs bei Jukos Anton Lebedew Anfang Juli 2003 fortgesetzt hatte, für politisch motiviert halte. Dies bekräftigte er erneut in seiner Kritik über den Liberalismus in Russland Ende März 2004 und verwies darin u.a. auf Missstände beim Abhalten der Dumawahlen im Dezember 2003, die den ihm nahestehenden Oppositionsparteien eine Niederlage gebracht hatten.

(Eine ausführlichere Darstellung von Chodorkowskij's Sicht der Jukos-Affäre bietet der Kommentator von Maria Ordzhonikidze, der Direktorin des Pressezentrams der Rechtsanwälte von Chodorkowskij und Lebedew, auf den Seiten 39 bis 40).

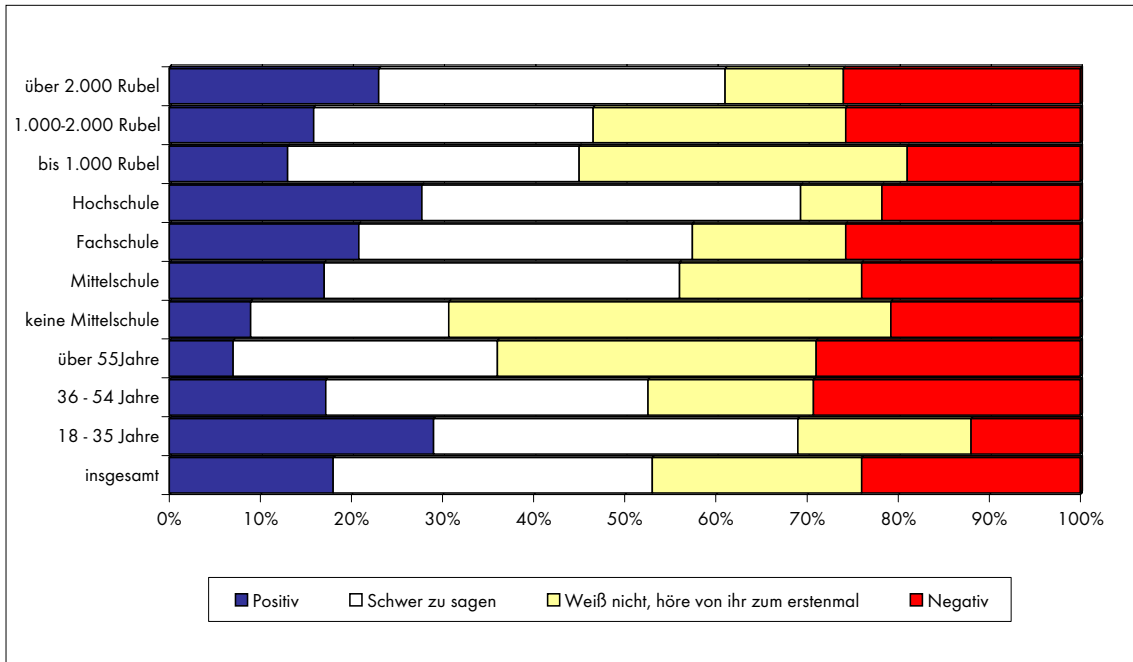
Fazit

Besonders die Auktion von Juganskneftegas verdeutlicht, dass es zwischen der Rechtssprechung des Kremls und den Kritikern keinen Spielraum für Kompromisse gibt. Der Erwerb von Juganskneftegas durch die staatliche Rosneft spricht dafür, dass sich die „Silowiki“, die für vollstaatliche Energieunternehmen und eine vollständige Kontrolle über den Energiesektor plädieren, gegen die Gruppe der gemäßigten Juristen und wirtschaftsliberalen Vertreter in Putins Administration durchsetzen konnten. Hier haben sich die erstarkten Kontrollabsichten der Staatsmacht letztlich wie in den sich jahrelang hinziehenden und halbherzigen Reformbemühungen in der Energiewirtschaft erneut manifestiert.

Putins liberaler Wirtschaftsminister German Gref hatte die Notwendigkeit des staatlichen Vorgehens gegen Jukos zwar bekräftigt, aber in einem Interview Mitte Januar 2005 forderte er die Privatisierung von Rosneft und Juganskneftegas, um eine höhere wirtschaftliche Effektivität im Erdölsektor zu erzielen. Ob er damit auf offene Ohren stößt, bleibt abzuwarten. Solange der hohe Ölpreis eine positive Handelsbilanz und dementsprechende Staatseinnahmen gewährleistet, scheint die staatliche Steuerung im Energiesektor durch die „Silowiki“ im Land unanfechtbar zu sein.

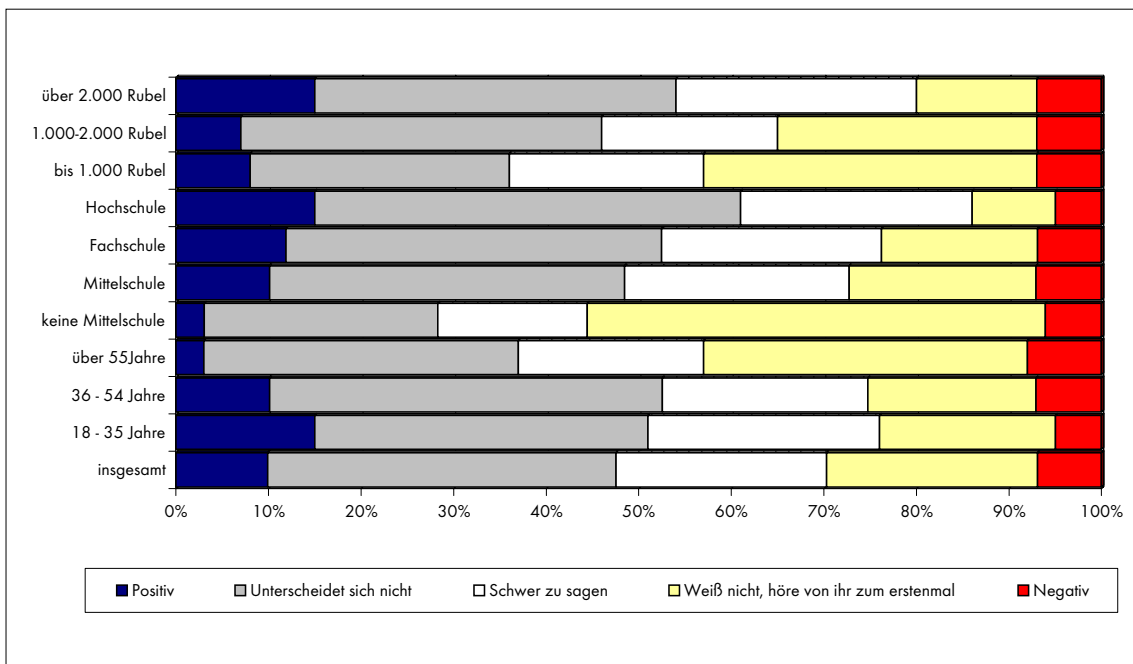
Der Jukos-Prozess und die öffentliche Meinung 2003–2005

Wie ist Ihre Einstellung zu der Mineralölgesellschaft Jukos – positiv oder negativ? (Umfrage Juni 2004)



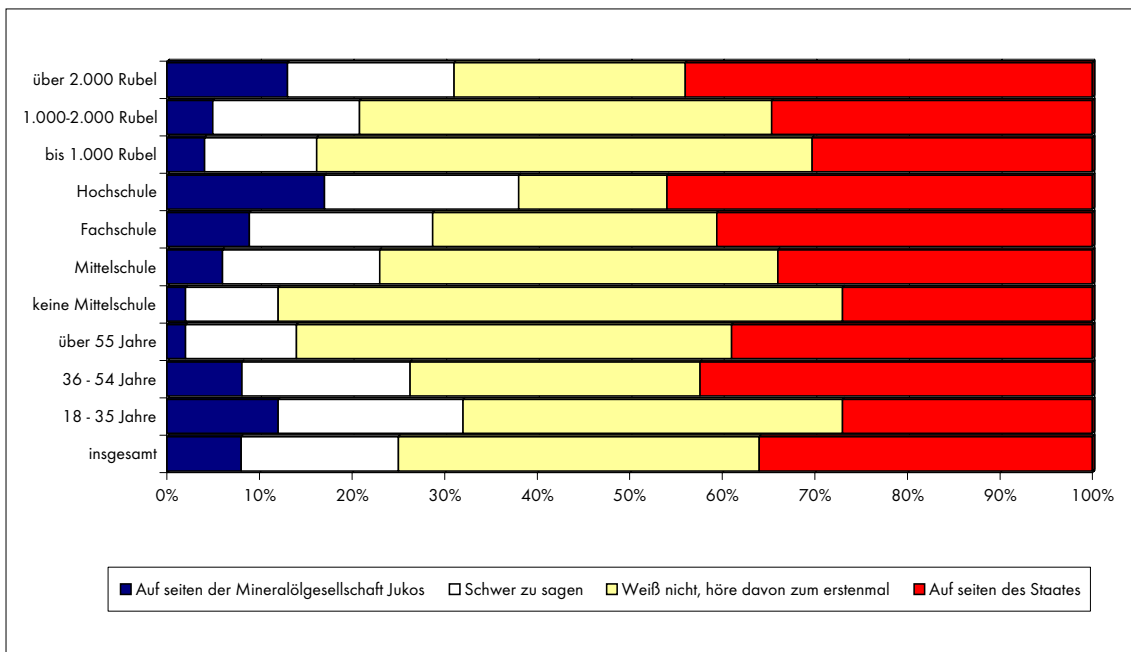
Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0426.zip>

Unterscheidet sich die Mineralölgesellschaft Jukos von anderen russischen Großunternehmen oder nicht? Und wenn sie sich unterscheidet, in welcher Richtung – in positiver oder negativer? (Juni 2004)



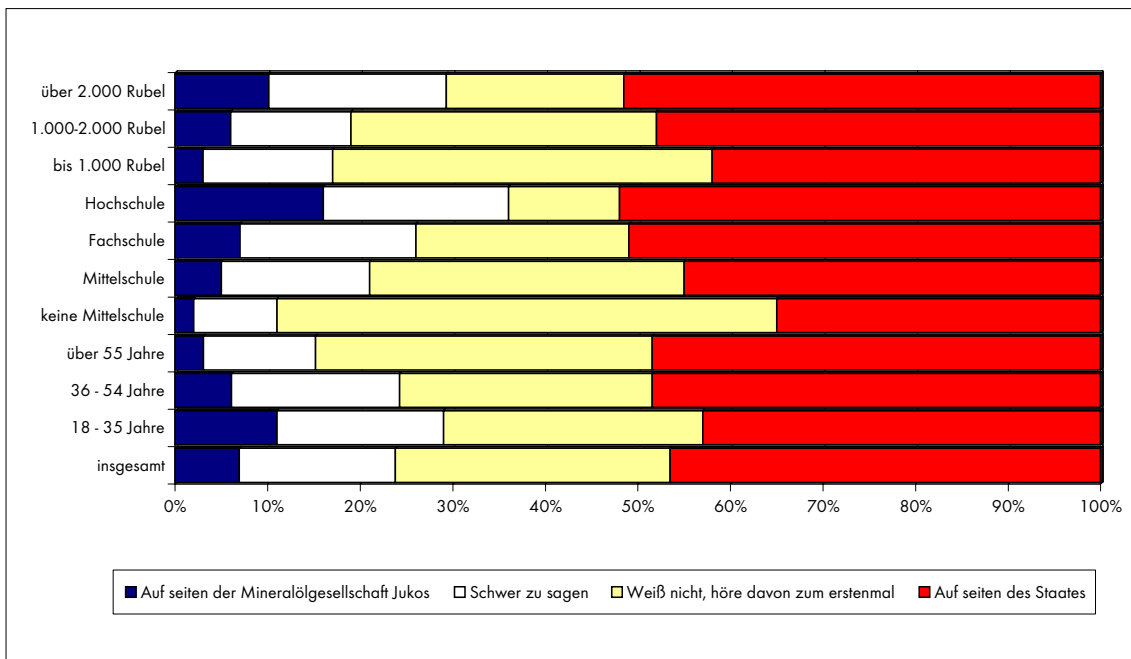
Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0426.zip>

Auf welcher Seite sind Ihre Sympathien – auf seiten des Staates oder auf seiten der Mineralölgesellschaft Jukos?
(Juni 2004)



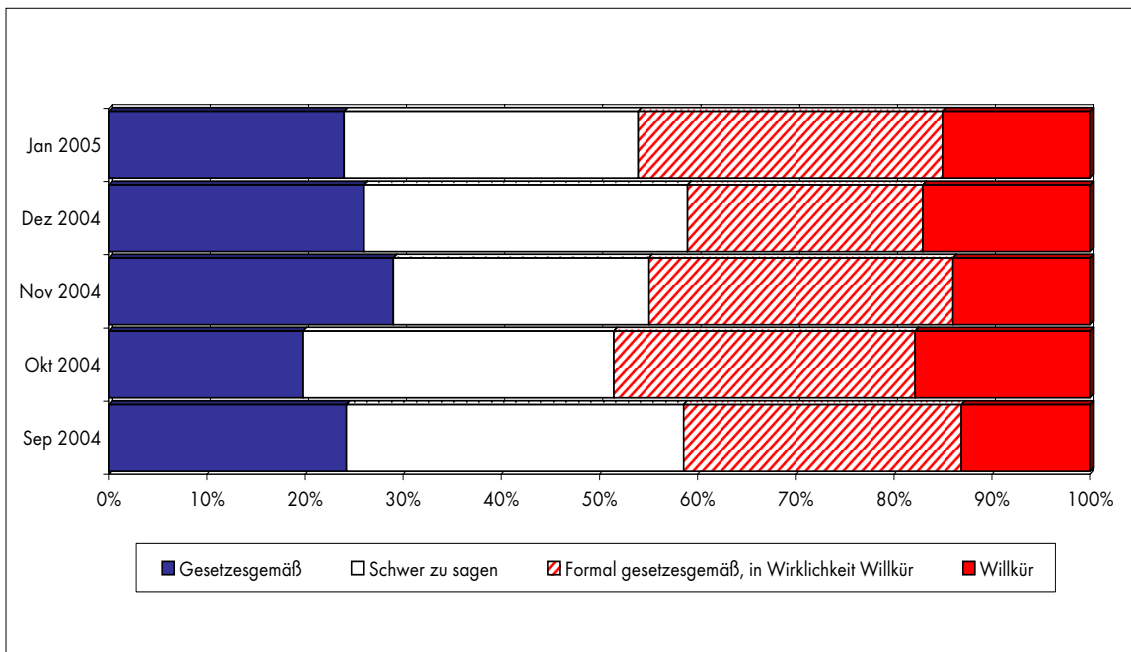
Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0426.zip>

Auf welcher Seite sind Ihre Sympathien – auf seiten des Staates oder auf seiten der Mineralölgesellschaft Jukos?
(Oktober 2004)



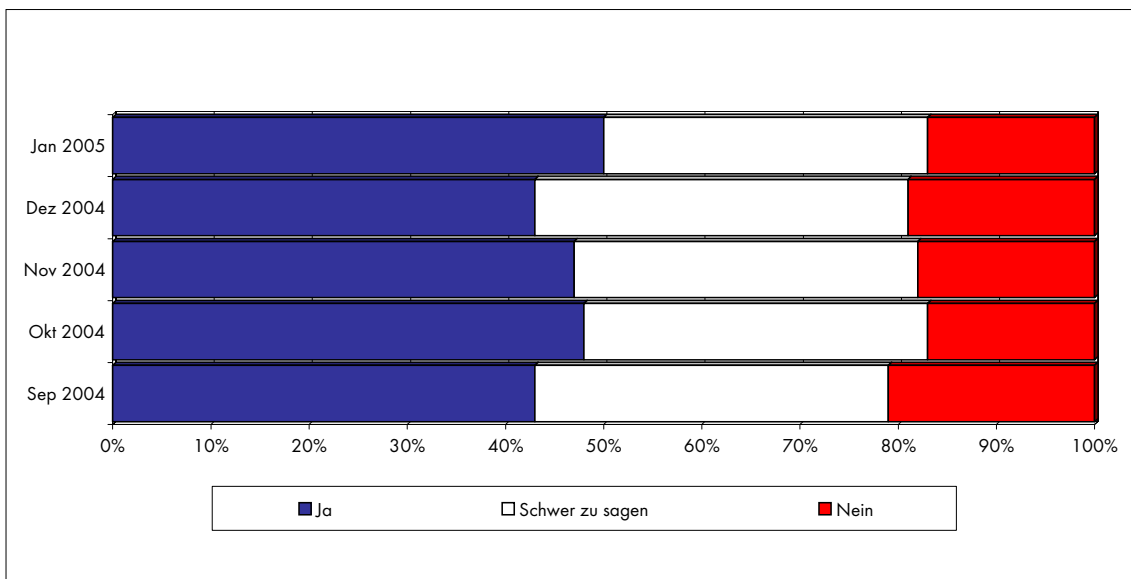
Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0443.zip>

Sind die Handlungen der Exekutive, die zum Bankrott von Jukos führten, gesetzmäßig oder war es Willkür?



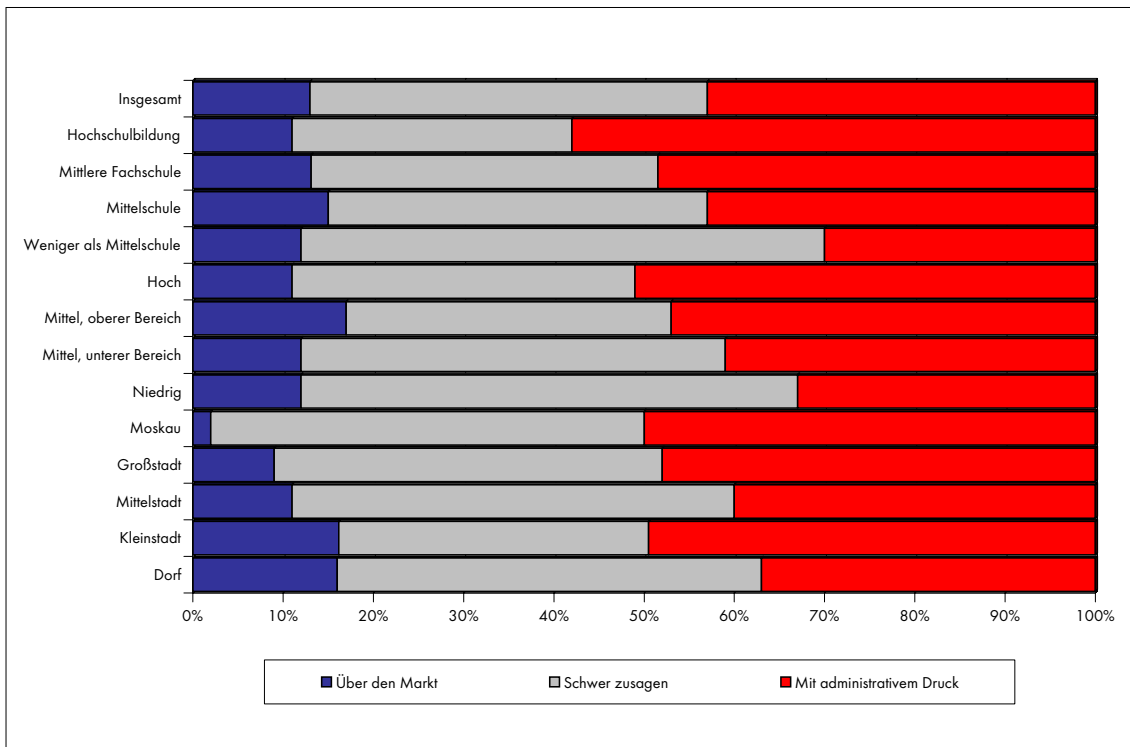
Quelle: <http://www.levada.ru./press/2005020304.html>

Übt die Exekutive im Fall Chodorkowskij Druck auf das Gericht aus, um eine Verurteilung zu erreichen?



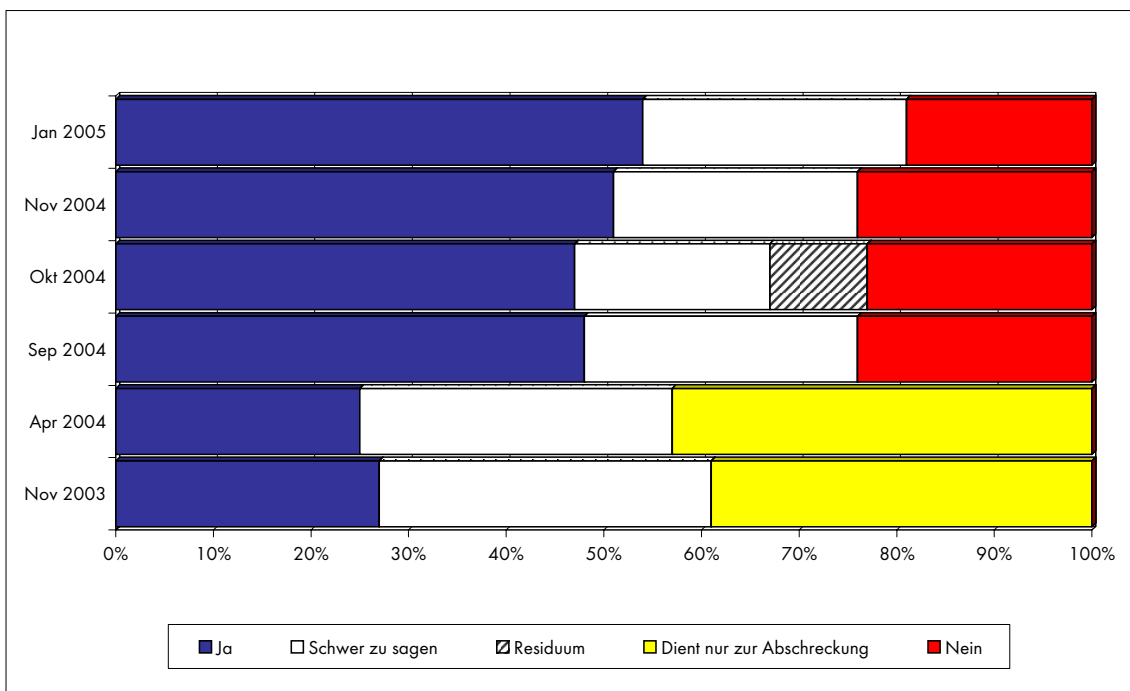
Quelle: <http://www.levada.ru./press/2005020304.html>

Wurde der Verkauf des Unternehmens "Juganskneftegaz" über den Markt realisiert oder unter Ausübung von administrativem Druck? (Januar 2005)



Quelle: <http://www.levada.ru./press/2005020304.html>

Folgen nach der Verurteilung Chodorkowskij's Strafverfahren gegen andere russische Großunternehmer?



Quelle: <http://www.levada.ru./press/2005020304.html>

Jukos und Michail Chodorkowskij, Umfrage Juni 2004 (FOM)

	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung				Prokopfeinkommen		
		18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittel- schule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	bis 1.000 Rubel	1.000-2.000 Rubel	über 2.000 Rubel
Anteil der Gruppe (%)	100%	33%	38%	29%	20%	33%	35%	13%	21%	36%	31%

Wie ist Ihre Einstellung zu der Mineralölgesellschaft Jukos – positiv oder negativ? (Antworten derjenigen, denen die Mineralölgesellschaft Jukos bekannt ist)

Positiv	18%	29%	17%	7%	9%	17%	21%	28%	13%	16%	23%
Negativ	24%	12%	29%	29%	21%	24%	26%	22%	19%	26%	26%
Schwer zu sagen	35%	40%	35%	29%	22%	39%	37%	42%	32%	31%	38%
Weiß nicht, höre von ihr zum erstenmal	23%	19%	18%	35%	49%	20%	17%	9%	36%	28%	13%

Unterscheidet sich Jukos von anderen russischen Großunternehmen oder nicht? Und wenn sie sich unterscheiden, in welcher Richtung – in positiver oder negativer? (Antworten derjenigen, denen Jukos bekannt ist)

Unterscheidet sich nicht	38%	36%	42%	34%	25%	38%	41%	46%	28%	39%	39%
Positiv	10%	15%	10%	3%	3%	10%	12%	15%	8%	7%	15%
Negativ	7%	5%	7%	8%	6%	7%	7%	5%	7%	7%	7%
Schwer zu sagen	23%	25%	22%	20%	16%	24%	24%	25%	21%	19%	26%
Weiß nicht, höre von ihr zum erstenmal	23%	19%	18%	35%	49%	20%	17%	9%	36%	28%	13%

Verfolgen Sie, wie sich das Verfahren zwischen dem Staat und Jukos entwickelt oder nicht?

Ich verfolge es	16%	10%	19%	17%	8%	11%	19%	31%	7%	14%	24%
Ich verfolge es nicht	44%	48%	48%	35%	30%	44%	49%	52%	39%	40%	50%
Schwer zu sagen	1%	1%	1%	1%	0%	1%	1%	1%	0%	1%	1%
Weiß nicht, höre davon zum erstenmal	39%	41%	31%	47%	61%	43%	31%	16%	53%	45%	25%

Auf welcher Seite sind Ihre Sympathien – auf seiten des Staates oder auf seiten von Jukos?

Auf seiten des Staates	36%	27%	42%	39%	27%	34%	41%	46%	30%	35%	44%
Auf seiten von Jukos	8%	12%	8%	2%	2%	6%	9%	17%	4%	5%	13%
Schwer zu sagen	17%	20%	18%	12%	10%	17%	20%	21%	12%	16%	18%
Weiß nicht, höre davon zum erstenmal	39%	41%	31%	47%	61%	43%	31%	16%	53%	45%	25%

Jukos leitete bis vor kurzem Michail Chodorkowskij. Wie ist Ihre Einstellung zu Michail Chodorkowskij – positiv, negativ oder gleichgültig?

Positiv	9%	10%	11%	5%	4%	7%	9%	22%	4%	6%	15%
Gleichgültig	53%	63%	53%	43%	47%	60%	55%	42%	56%	55%	48%
Negativ	18%	10%	22%	23%	14%	16%	21%	23%	14%	18%	22%
Schwer zu sagen	19%	17%	14%	28%	34%	17%	15%	13%	25%	20%	16%

Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0426.zip>

Jukos und Michail Chodorkowskij, Umfrage Oktober 2004 (FOM)

	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung				Prokopfeinkommen		
		18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	bis 1.000 Rubel	1.000-2.000 Rubel	über 2.000 Rubel
Anteil der Gruppe (%)	100%	34%	37%	29%	16%	33%	38%	12%	21%	33%	34%

Verfolgen Sie, wie sich das Verfahren zwischen dem Staat und der Mineralölgesellschaft Jukos entwickelt oder nicht?

Ich verfolge es	21%	19%	23%	23%	13%	17%	24%	38%	15%	21%	28%
Ich verfolge es nicht	47%	52%	48%	39%	33%	47%	52%	49%	43%	45%	51%
Schwer zu sagen	1%	1%	2%	1%	0%	1%	2%	1%	1%	1%	2%
Weiß nicht, höre davon zum erstenmal	30%	28%	27%	36%	54%	34%	23%	12%	41%	33%	19%

Auf welcher Seite sind Ihre Sympathien – auf seiten des Staates oder auf seiten der Mineralölgesellschaft Jukos?

Auf seiten des Staates	47%	43%	48%	48%	35%	45%	51%	52%	42%	48%	51%
Auf seiten der Mineralölgesellschaft Jukos	7%	11%	6%	3%	2%	5%	7%	16%	3%	6%	10%
Schwer zu sagen	17%	18%	18%	12%	9%	16%	19%	20%	14%	13%	19%
Weiß nicht, höre davon zum erstenmal	30%	28%	27%	36%	54%	34%	23%	12%	41%	33%	19%

Die Mineralölgesellschaft Jukos leitete bis vor kurzem Michail Chodorkowskij. Wie ist Ihre Einstellung zu Michail Chodorkowskij – positiv, negativ oder gleichgültig?

Positiv	8%	10%	8%	5%	3%	6%	7%	23%	5%	8%	9%
Gleichgültig	56%	61%	59%	47%	50%	58%	61%	45%	57%	56%	56%
Negativ	21%	15%	20%	28%	17%	20%	22%	24%	14%	23%	23%
Schwer zu sagen	13%	11%	12%	18%	26%	13%	9%	7%	17%	13%	12%

Am 25. Oktober 2003 wurde Michail Chodorkowskij im Laufe der Untersuchung gegen die Mineralölgesellschaft Jukos verhaftet. Was meinen Sie, hatte die Verhaftung von M. Chodorkovskij ernste Folgen für das Land oder nicht? Und wenn ja, welche Folgen waren gravieren-der – die positiven oder die negativen?

Hatte keine ernsten Folgen	32%	33%	35%	28%	25%	30%	37%	32%	25%	35%	32%
Positive	9%	7%	9%	9%	6%	6%	10%	13%	8%	6%	13%
Negative	13%	14%	13%	12%	6%	11%	16%	20%	9%	12%	17%
Schwer zu sagen	46%	46%	43%	51%	64%	53%	36%	35%	59%	47%	38%

Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0443.zip>

Umfragen des Lewada-Instituts September 2004–Januar 2005

Sind die Handlungen der Exekutive, die zum Bankrott von Jukos führten, gesetzmäßig oder war es Willkür?

	Sep 2004	Okt 2004	Nov 2004	Dez 2004	Jan 2005
Gesetzesgemäß	24%	20%	29%	26%	24%
Willkür	13%	18%	14%	17%	15%
Formal gesetzesgemäß, in Wirklichkeit Willkür	28%	31%	31%	24%	31%
Schwer zu sagen	34%	32%	26%	33%	30%

Übt die Exekutive im Fall Chodorkowskij Druck auf das Gericht aus, um eine Verurteilung zu erreichen?

	Sep 2004	Okt 2004	Nov 2004	Dez 2004	Jan 2005
Ja	43%	48%	47%	43%	50%
Nein	21%	17%	18%	19%	17%
Schwer zu sagen	36%	35%	35%	38%	33%

Wurde der Verkauf des Unternehmens "Juganskneftegaz" über den Markt realisiert oder unter Ausübung von administrativem Druck?

	Über den Markt	Mit administrativem Druck	Schwer zusagen
Insgesamt	13%	43%	44%
<i>Bildungsgrad</i>			
Hochschulbildung	11%	58%	31%
Mittlere Fachschule	13%	48%	38%
Mittelschule	15%	43%	42%
Weniger als Mittelschule	12%	30%	58%
<i>Einkommen</i>			
Hoch	11%	51%	38%
Mittel, oberer Bereich	17%	47%	36%
Mittel, unterer Bereich	12%	41%	47%
Niedrig	12%	33%	55%
<i>Wohnort</i>			
Moskau	2%	50%	48%
Großstadt	9%	48%	43%
Mittelstadt	11%	40%	49%
Kleinstadt	16%	49%	34%
Dorf	16%	37%	47%

Folgen nach der Verurteilung Chodorkowskij's Strafverfahren gegen andere russische Großunternehmer?

	Nov 2003	Apr 2004	Sep 2004	Okt 2004	Nov 2004	Jan 2005
Ja	27%	25%	48%	47%	51%	54%
Nein	---	---	24%	23%	24%	19%
Dient nur zur Abschreckung	39%	43%	---	---	---	---
Schwer zu sagen	34%	32%	28%	20%	25%	27%
Residuum	0%	0%	0%	10%	0%	0%

Quelle: <http://www.levada.ru./press/2005020304.html>; die Daten für November 2003/April 2004 ergänzt nach der Umfrage: <http://www.levada.ru./press/2004042806.html>

***III. Staat und Wirtschaft im
Zuge der Jukos-Affäre***

„Lenkbarkeit“ statt Effizienz.

Die Rolle des Staates in der russischen Erdöl- und Erdgaswirtschaft

Die Jukos-Affäre, die geplante Übernahme von Rosneft durch Gazprom und die Auktion einer Tochterfirma von Jukos im Dezember 2004 (mit vorhersagbarem Ausgang) können weit reichende Konsequenzen sowohl für die Erdöl- und Erdgasbranche wie für die Wirtschaft Russlands im Ganzen haben. Diese Ereignisse spiegeln zweifellos die Zentralisierung der Macht in Russland und eine verstärkte Rolle des Staates in der Wirtschaft wider.

Ineffektive staatliche Regulierung

Die Ineffektivität des in den 1990er Jahren entstandenen Systems der staatlichen Regulierung von Erdöl- und Erdgasfirmen: In den 1990er Jahren dominierte ein äußerst liberales Modell im Erdöl- und Erdgassektor ist offensichtlich. Es gab beträchtliche Freiheit bei Art und Form der Ausbeutung von fossilen Brennstoffen. Gleich zu Anfang der Reformen in Russland orientierte sich die Gesetzgebung zu Bodenschätzen an der Vergabe von Rechten für deren Ausbeutung, nicht für ihre rationelle Nutzung (die Pflichten der Firmen, die Erdöl und Erdgas förderten, wurden sehr vage und ungenau formuliert). Erst 2002 wurde auf der föderalen Ebene eine Diskussion über die Verhältnismäßigkeit einer intensiven Gewinnung von Bodenschätzen und über die staatliche Überwachung der Einhaltung der Lizenzvereinbarungen begonnen.

Darüber hinaus war das System der Steuerzahlungen in der Erdöl- und Erdgasbranche von Beginn der Transformationen nicht darauf ausgerichtet, die Erforschung und den Abbau neuer Vorkommen zu fördern, sondern einen bedeutenden Teil des Gewinns für das Staatsbudget abzuschöpfen. Gleichzeitig wurden wesentliche Fragen der Besteuerung von der staatlichen Regulierung ausgeklammert, wie z.B. die Abschreibung der Ausgaben von Firmen, die Erdöl und Erdgas fördern oder die Schätzung des Wertes von Erdöl- und Erdgasvorkommen (erst ab 2002 wurden die objektiven Ölpreise des Auslandsmarktes berücksichtigt).

Die Schwäche des Staates führte dazu, dass die Transformation in der oben beschriebenen Weise es den Erdölfirmen erlaubte, kolossale zusätzliche Gewinne zu machen, sowohl durch die „Optimierung“ der Steuerzahlungen als auch durch Steueroasen (im In- wie im Ausland). Eine der Firmen, die diese Schwächen des Staates am aktivsten ausnützte, war Jukos (die darüber hinaus hinsichtlich der relevanten Gesetzgebung auch aktive Lobbyarbeit in den Parlamenten betrieb).

Das große Business spielte während der 1990er Jahre und zu Anfang des jetzigen Jahrzehnts zweifellos eine dominierende Rolle bei der Formulierung der Spielregeln in der Erdöl- und Erdgasbranche, wobei es sich an seinen eigenen Interessen zum Nachteil des Staates orientierte. Einer der größten Erfolge des Big Business waren die so genannten Pfandauktionen, wodurch der Erdölsektor fast sein jetziges Aussehen erhielt.

Der Regulationsmechanismus für die Erdöl- und Erdgasbranche zeichnet sich zu Anfang der 2000er Jahre durch Widersprüchlichkeit und Unbestimmtheit aus. Es ist immer noch nicht klar, welche Behörde auf der föderalen Ebene für was verantwortlich ist. Offensichtlich hat Russland es in den vergangenen Jahren nicht geschafft, eine effektive und effiziente Regulierung der Ausbeutung von Bodenschätzen aufzubauen. Die Stärkung der Position des Staates in der Firma Gazprom durch die geplante Übernahme von Rosneft und den Kauf von Juganskneftegaz ist anscheinend eine Reaktion auf diese Tatsache. Der Präsident und seine Umgebung haben vor, mit einer Stärkung der Präsenz des Staates in der Branche die massiven Misserfolge bei der Regulierung dieser Branche zu kompensieren, die die Erdöl- und Erdgasfirmen in den 1990er Jahren praktisch freie Hand bei der Ausbeutung von fossilen Brennstoffen ließen.

Erschöpfung der Erdöl- und Erdgasvorkommen

Ein zweiter wesentlicher Grund für die Probleme in der Branche sind objektive Umstände: die wachsende Erschöpfung der alten Erdöl- und Erdgasvorkommen und die Notwendigkeit, neue Vorkommen in neuen (vorzugsweise noch nicht erschlossenen) Gebieten zu entdecken und zu erschließen. In den nächsten 5 bis 10 Jahren werden die Erdöl- und Erdgasvorkommen, die schon in den 1970er bis 1980er Jahren erschlossen wurden, größtenteils erschöpft werden. Die wachsende Erdölförderung seit 1999 war vor allem möglich dank der Anwendung von neuen Technologien und organisatorischen Entscheidungen (hierbei waren Sibneft und wiederum Jukos führend bei schon erschlossenen Vorkommen).

Die Erschließung von neuen Erdöl- und Erdgasvorkommen in neuen Gebieten erfordert sehr große finanzielle Ressourcen und die vereinten Kräfte vieler Ölfirmen, sowohl russischer wie ausländischer. Die Tatsache, dass solche Programme international und interregional sind, erfordert eine stärkere Beteiligung des Staates nicht nur als Garant für Stabilität, sondern auch dafür, dass die beteiligten Firmen ihre Investitionen auch zurückerhalten. Leider ist in den letzten 15 Jahren keine Erfahrung mit der Durchführung neuer Projekte gesammelt worden. Die einzige Ausnahme ist die Erforschung der Ölvorkommen im Festlandsockel vor der Insel Sachalin. Solche Projekte sind allerdings in vieler Hinsicht lokale und Pilotprojekte und haben kaum Einfluss auf den russischen Erdöl- und Erdgassektor. Für neue Großprojekte, wie z.B. in Westsibirien oder im Nordmeer, sind große Firmen mit umfangreichen produktiven und finanziellen Ressourcen nötig. Zurzeit hat keine russische Firma alleine ein solches Potential. In Russland hat nur der Staat die nötigen Ressourcen, auch wenn man den komplexen Charakter dieser Projekte (in sozialer, wirtschaftlicher und geopolitischer Hinsicht) in Betracht zieht. Daher kann die Tatsache, dass Firmen groß und finanzkräftig sein müssen, um solche Projekte durchzuführen, auch als Grund für die zu Anfang des Aufsatzes genannten Transformationen gesehen werden.

Staatliche Kontrolle

Ein weiterer wichtiger Grund für die Bildung von großen Firmen mit staatlicher Beteiligung ist der Wunsch, einen wesentlichen Teil der staatlichen Einnahmen direkt kontrollieren zu wollen. Auf die staatlichen Firmen werden 90% des in Russland geförderten Erdgases und mehr als 20% des Erdöls entfallen. Nicht weniger wichtig ist, dass der Staat etwa ein Drittel der staatlichen Einnahmen kontrollieren wird, die von der Erdöl- und Erdgasbranche stammen. Dadurch sichert sich der Staat dauerhaft hohe Einnahmen. Wichtig ist auch, dass der Übergang der oben erwähnten Aktiva in die Hände des Staates seine Möglichkeiten erweitert und die Risiken opportunistischen Verhaltens von Privatfirmen verringert, sowohl bei Erschließung und Ausbeutung von Erdöl- und Erdgasvorkommen wie auch bei der Kontrolle der Kapitalströme (was für Russland von erstrangiger Bedeutung ist).

Die Folgen

Was sind die Folgen von Zentralisierung und der verstärkten Rolle des Staates in der Erdöl- und Erdgasbranche vom Standpunkt der wirtschaftlichen Effektivität aus gesehen?

Meiner Meinung nach gibt es eine reelle Gefahr, dass die vom Staat kontrollierten Firmen nicht die Effektivität im gewünschten Maß erhöhen können, sondern nur die Kontrolle der Erdöl- und Erdgasbranche durch den Staat erleichtern. Sowohl Gazprom wie Rosneft bleiben in Sachen Effizienz bedeutend hinter Jukos zurück (sogar ohne einzurechnen, dass Jukos aktiv Fehl kalkulationen und Lücken der staatlichen Regulierung der Erdöl- und Erdgasbranche ausnutzte). Ein mögliches Szenario ist daher, dass die wirtschaftliche Effizienz der Erdöl- und Erdgasbranche zurückgeht, während gleichzeitig die staatliche Kontrolle zunimmt. Die jetzigen Manager von Gazprom und Rosneft sind kaum in der Lage, der Branche durch vermehrte technologische und vor allem organisatorische Innovationen neue Impulse zu geben. Höchstwahrscheinlich werden die oben analysierten Veränderungen in der Erdöl- und Erdgasbranche nicht nur nicht die gewünschten Resultate liefern, sondern sich auch als Hindernis für adäquate Ansätze und Lösungen für neue Herausforderungen und wachsende negative Tendenzen erweisen. Vom wirtschaftlichen

Gesichtspunkt aus gesehen – Schaffung einer Umgebung, die für Unternehmen und Wettbewerb förderlich ist, im Rahmen der marktwirtschaftlichen Transformation der russischen Wirtschaft – sind diese Ereignisse zweifellos ein Schritt rückwärts.

Die positive Seite der in diesem Aufsatz analysierten Veränderungen (genauer gesagt, ihr positiver Hintergrund) ist die verstärkte Aufmerksamkeit für Fragen der technischen Regulierung und der Notwendigkeit, Offenheit und Transparenz in der Wirtschaft wie auch seine soziale Verantwortung zu erhöhen.

Allerdings hätte dies auch ohne Veränderungen mit solch dramatischen Folgen für die Struktur der Erdöl- und Erdgasbranche erreicht werden können, ohne die praktische Liquidation einer dynamischen Firma, die Jukos zu Anfang des Jahres 2003 zweifellos geworden war.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Maria Ordzhonikidze

(Maria Ordzhonikidze ist Direktorin des Pressezentrams der Rechtsanwälte von Chodorkowskij und Lebedew, Moskau.)

Michail Chodorkowskij und die Jukos-Affäre

Einige Experten nennen irrtümlicherweise als Grund für das heutige Unglück von Michail Chodorkowskij und seines jetzt zerstörten Geschäftsimperiums seine angeblichen politischen Ambitionen und seine persönliche Opposition gegen Präsident Putin.

Tatsächlich aber hat Chodorkowskij keine oppositionelle Politik betrieben; noch weniger hat er sich mit der heutigen russischen Regierung auf einen ideologischen Streit über den weiteren Weg Russlands eingelassen. Chodorkowskij hat mehrmals erklärt und erklärt auch heute noch, dass er seine Zukunft in der Wohltätigkeit und im Dienst zum Wohl der Gesellschaft sieht. Es wäre falsch, seine Verhaftung als Folge eines persönlichen Konfliktes zwischen ihm und dem Präsidenten zu sehen.

Die russische und die internationale Öffentlichkeit müssen verstehen, dass die Verfolgung Chodorkowskijs und die Zerschlagung von Jukos durch die russische Regierung nur die Spitze des Eisbergs sind. Nur wer die Veränderungen der letzten fünf Jahre verstanden und sich so weit wie möglich an die neuen Spielregeln angepasst hat, kann im heutigen Russland existieren. Als Ergebnis dieser Veränderungen ist in Russland eine neue, mächtige, zurzeit allmächtige Klasse entstanden, die ihre Position an den Schalthebeln der Macht gefestigt hat: die Bürokratie.

Diese Klasse besteht aus einer ungeheuren Armee von Beamten sowohl in Zivil als auch in Uniform, die das Land regieren. In westlichen Demokratien wird jede Regierung durch einen notwendigen Überbau ausgeglichen: ein funktionierendes Rechtssystem und eine unabhängige Gerichtsbarkeit. Im heutigen Russland gibt es diesen Überbau nicht mehr, da sich die Bürokratie der unabhängigen Presse entledigt, sich die Gerichte völlig untergeordnet und sich über das Gesetz gestellt hat, indem sie es im eigenen Interesse auslegt.

Zurzeit erobert die Bürokratie die Nische, die die Geschäftsleute während der Periode des Jelzinschen Liberalismus und der freien Entwicklung der Marktwirtschaft einnahmen; daher verteilen die Beamten als erstes Eigentum und Einflussphären zu ihren Gunsten auf. Da es keine unabhängigen Gerichte gibt und die Beamten das Gesetz zu ihren eigenen Gunsten auslegen können, werden nach Chodorkowskij auch alle anderen Bürger Russlands eines Rechtes beraubt, das für jede westliche Demokratie unabdingbar ist: das Eigentumsrecht.

Wenn in einem Land eines der persönlichen Grundrechte, das Eigentumsrecht, nicht geschützt wird, dann ist es sinnlos, auf wirtschaftliche Entwicklung zu hoffen. Jeder Mensch, der sich in Russland ein Vermögen erarbeitet hat, wird unweigerlich vor die Frage gestellt werden, vor die Chodorkowskij gestellt wurde. Vereinfacht ausgedrückt, sieht die Alternative folgendermaßen aus: entweder wird es dem Eigentümer erlaubt, weiter zu arbeiten oder sein Eigentum zu besitzen, wenn er einen wesentlichen Teil seines Verdienstes an einen Beamten abgibt, der ihn dafür schützen wird, bis dieser Beamte selber den Interessen von einflussreicheren Beamten oder einfach Banditen zum Opfer fällt; oder der Eigentümer verliert alles, bis hin zur persönlichen Freiheit, wenn er es wagt, im Streit mit dem Beamten an Gesetze zu appellieren, die zur Fiktion geworden sind. Es ist offensichtlich, dass solche Spielregeln für ein freies Unternehmertum inakzeptabel sind, folglich bedeutet dies einen baldigen Tod der Marktwirtschaft.

Wirtschaftliche Unfreiheit bedeutet auch politische Unfreiheit, in anderen Worten Autoritarismus. Der heutige russische Autoritarismus gründet sich auf die Bürokratie, nicht auf die Ideologie einer herrschenden politischen Partei. Sowohl die kommunistische Partei in der UdSSR als auch die Nazipartei in Deutschland hatten eine starke Ideologie, die sie einer ungeheuren Menge von Menschen eintrichtern konnten. Die heutige russische Bürokratie aber ist völlig unideologisch; ihr einziges Ziel ist die völlige Kontrolle über die Gesellschaft. Chodorkowskij, der dies ausgezeichnet verstanden hat, hat niemals wegen ideologischer Fragen gegen die Regierung polemisiert.

Die heutige politische und wirtschaftliche Lage in Russland kann wie folgt charakterisiert werden:

- 1) Völlige Kontrolle der Bürokratie über das Eigentum. Folgen davon sind die Demotivierung der Unternehmer und die völlige Abhängigkeit der Eigentümer von Beamten. Das Endergebnis ist die Ersetzung der Marktwirtschaft durch eine bürokratische Wirtschaft.
- 2) Es fehlen demokratische Kontrollinstrumente der Gesellschaft über die Beamten – unabhängige Gerichtsbarkeit, funktionierende Gesetze und eine freie Presse. Die Folgen sind, dass die Bürokratie nichts und niemandem Rechenschaft ablegen muss, sie ist „über dem Gesetz“ und ihr ist alles erlaubt. Das Endergebnis ist die Ersetzung des demokratischen Systems durch ein autoritäres.
- 3) Es ist unmöglich, mit der Bürokratie eine ideologische Auseinandersetzung zu führen, da das Beamtentum keine Ideologie hat. Die Folge ist, dass jeder Versuch, mit der Regierung über Positionen von Demokratie, Kommunismus oder anderen Systemen zu diskutieren einem „Rufen in der Wildnis“ gleichkommt. Das Endergebnis sind ein stagnierendes politisches Leben, Apathie und Demotivierung der gesellschaftlich aktiven Bürger.

Wenn man die „Chodorkowskij-Affäre“ aus diesem Blickwinkel betrachtet, dann wird klar, dass die Gründe, warum dieser Geschäftsmann seines Eigentums beraubt wurde, nicht seine angeblichen persönlichen politischen Ambitionen oder eine fiktive Opposition gegen Putin sind. Der Grund ist so einfach, dass er schon fast primitiv zu nennen ist: Chodorkowskij hat einfach zu viel und zu offen über die Verdienste von Jukos geredet, wodurch er unnötige Aufmerksamkeit von Vertretern der herrschenden Klasse, der Bürokratie, auf sich lenkte. Alle folgenden Aktionen gegen Chodorkowskij und seine Partner hatten zum Ziel, ihnen ihr Eigentum abzunehmen, ohne besondere Rücksicht auf die Legitimität dieser Aktionen und noch weniger im Interesse der Gesellschaft. Die Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, dass Chodorkowskij bei weitem nicht das letzte Opfer der neuen Spielregeln in Russland ist.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

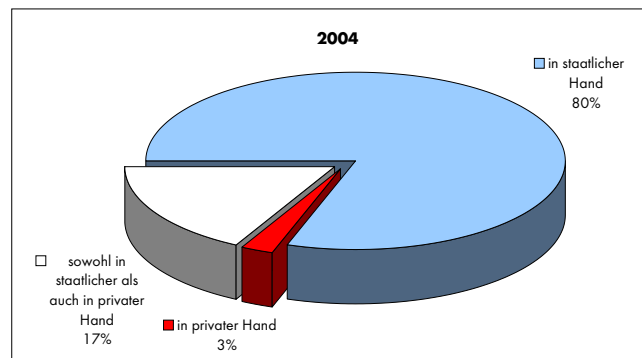
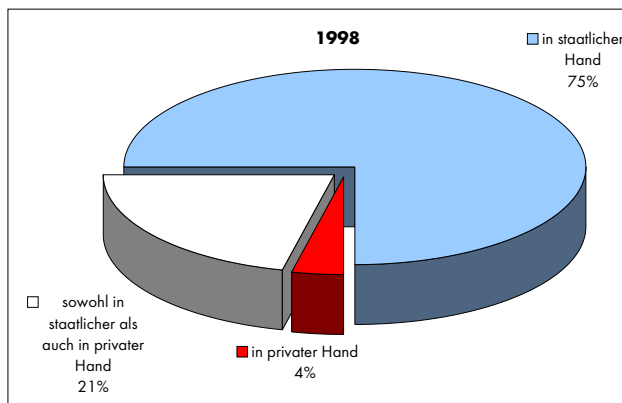
Der Anteil des Staates an der Erdölwirtschaft

Mit dem Ende der Sowjetunion wurde das staatliche Ministerium für die Erdölindustrie aufgelöst. Die staatlichen Betriebe der Branche wurden dem neu geschaffenen Konzern Rosneft unterstellt und schrittweise privatisiert. Bis 1995 hatten Ölkonzerne, die sich mehrheitlich im Staatsbesitz befanden, noch einen Anteil von 80% an der russischen Erdölproduktion. Davon entfielen 65% auf das föderale Zentrum und 15% auf Firmen im Besitz von Regionalverwaltungen. (Zu den Förderzahlen die Tabelle auf Seite 45) Durch die Privatisierungsauktionen Ende 1995 ging die Mehrheit an drei großen Ölkonzernen (Jukos, Sidanko und Sibneft) an private Investoren, die so genannten Oligarchen. Lukoil gelangte durch die Privatisierung unter die Kontrolle seines Managements. Im Ergebnis reduzierte sich der Anteil des föderalen Zentrums an der Erdölproduktion auf 22%. In den folgenden Jahren wurden weitere staatliche Ölbetriebe privatisiert, die alle von privaten russischen Ölkonzernen übernommen wurden. (Siehe dazu die Grafik auf Seite 44)

Als der Privatisierungsprozess in der russischen Erdölwirtschaft im Jahre 2002 abgeschlossen war, verblieben noch drei Unternehmen im Staatsbesitz. Rosneft mit einem Anteil von etwa 14% an der russischen Erdölförderung gehörte dem föderalen Zentrum. Tatneft und Bashneft mit einem gemeinsamen Anteil von 9% an der russischen Produktion gehörten den Regionalverwaltungen von Tatarstan bzw. Baschkortostan.

Unter der Annahme, dass alle Förderbetriebe von Jukos unter die Kontrolle des föderalen Zentrums gelangen, würde sich sein Anteil an der russischen Produktion auf 24% erhöhen und läge damit in etwa auf dem Niveau von 1996. Die Staatsquote in der Erdölwirtschaft insgesamt läge dann bei 32%, was dem Niveau von 1997 entsprechen würde. Auch nach einer de-facto-Verstaatlichung von Jukos wäre also noch der weitaus größte Teil der russischen Erdölproduktion in privater Hand. Die Mehrheit der russischen Bevölkerung hält dies für nicht wünschenswert. (siehe die folgenden Grafiken)

Sollte sich die Erdölförderung in staatlicher oder privater Hand befinden? Repräsentative Umfrage unter der russischen Bevölkerung 1998 und 2004



Quelle: Umfrage des IKSI, nach: M. Buhbe: Zwischen Transformation und Sowjetunion, Moskau 2004

Der Konsolidierungsprozess in der russischen Erdölindustrie 1992–2005

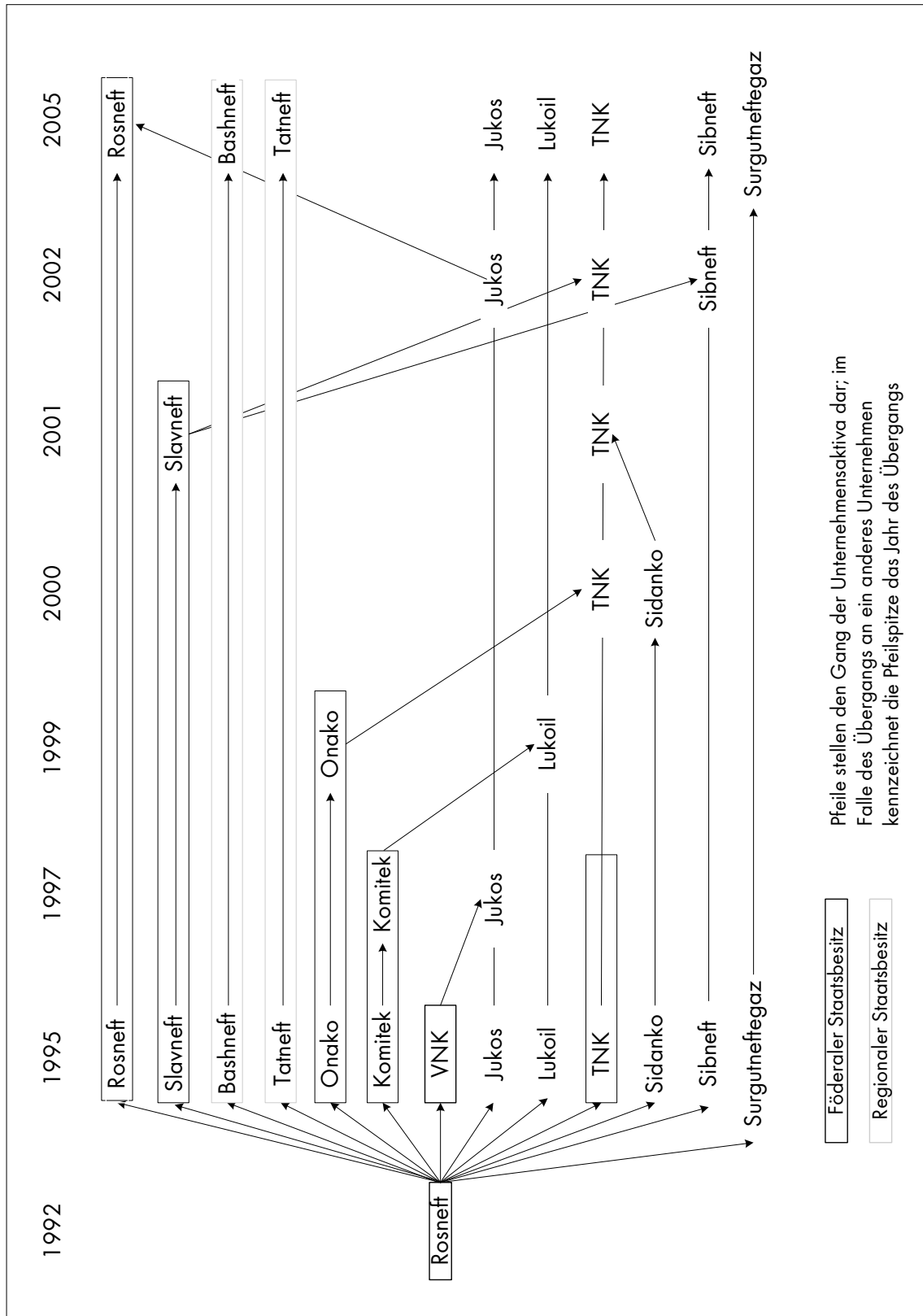


Tabelle: Der Anteil von Staatsunternehmen an der russischen Erdölproduktion (Produktion in Mio. t)

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005*
Rosneft	12	13	13	13	12	12	14	15	16	19	22	22
Tatneft	24	25	25	25	24	24	24	25	25	24	25	25
Bashneft	18	17	16	15	13	12	12	12	12	12	12	12
Slavneft	13	13	13	12	12	12	12	15	(zu Sibneft und TNK)			
Onako	7	7	8	7	8	7	8	(zu TNK)				
Komi-TEK	5	6	8	9	9	(zu Lukoil)						
TNK	25	23	21	21	20	20	36	41	38	43	70	70
VNK	11	11	11	(zu Yukos)								
Lukoil	57	53	51	53	54	62	62	63	76	82	84	84
Jukos	37	36	35	47	45	45	50	58	70	81	86	86
Sidanko	26	23	21	20	20	20	11	16	(zu TNK)			
Sibneft	23	20	19	18	17	16	17	25	26	31	34	34
Surgutneftegaz	34	33	33	34	35	38	41	44	49	54	60	60
Übrige	27	27	24	34	38	37	30	33	69	75	66	66
Gesamt	318	307	301	306	303	305	323	348	380	421	459	459
Davon Staat insgesamt	257 (81%)	247 (80%)	115 (38%)	102 (33%)	78 (26%)	67 (22%)	70 (22%)	67 (19%)	53 (14%)	55 (13%)	59 (13%)	145 (32%)
Davon Föderation	210 (66%)	199 (65%)	66 (22%)	53 (17%)	32 (11%)	31 (10%)	34 (11%)	30 (9%)	16 (4%)	19 (5%)	22 (5%)	108 (24%)
Davon Regionen	47 (15%)	48 (16%)	49 (16%)	49 (16%)	46 (15%)	36 (12%)	36 (11%)	37 (11%)	37 (9%)	36 (9%)	37 (8%)	37 (8%)

* Projektion: Produktionswerte von 2004. Alle Förderbetriebe von Jukos gehen an Staatsunternehmen.

Unternehmen im Staatsbesitz sind farblich gekennzeichnet. Unternehmen im Besitz der Föderation dunkler ■ und Unternehmen im Besitz von Regionen heller □. Abweichungen der Summen durch Rundungen.

Quelle: Energieministerium der Russischen Föderation; InfoTEK; Internetseite der Erdölunternehmen.

Die Verwaltung staatlicher Unternehmen

Rosneft: Das verbliebene Staatsunternehmen als Versuchskaninchen

Rosneft ist das zentrale staatliche Unternehmen in der russischen Erdölindustrie. Seine Entwicklung ist damit zugleich ein guter Indikator der staatlichen Pläne für die Branche.

Rosneft, 1993 gegründet als Holding für die Staatsanteile an allen Ölgesellschaften, wurde 1995 in eine eigenständige Ölgesellschaft umgewandelt. Zu diesem Zeitpunkt vereinigte Rosneft die Ölbetriebe, die noch keinem anderen Ölkonzern zugeschlagen worden waren. Ökonomische Effizienzgesichtspunkte waren dabei nicht berücksichtigt worden, so daß die Betriebe von Rosneft über das ganze Staatsgebiet verstreut waren.

Diesen Nachteil konnte Rosneft aber zum Teil dadurch ausgleichen, daß die russische Regierung der Gesellschaft bevorzugten Zugang zu attraktiven joint ventures verschaffte, insbesondere im russischen Fernen Osten (Sachalin), im europäischen Norden (Warandej) und in der Region des Kaspischen Meeres (Kasachstan, Aserbaidshan). Durch staatliche Zuteilung zusätzlicher Exportquoten erhielt Rosneft auch bevorzugten Zugang zum attraktiven Auslandsmarkt. Außerdem wurde Rosneft das Recht zugesprochen, den staatlichen Anteil an der Rohölproduktion unter PSAs zu vermarkten.

Die Privatisierung Rosnefts wurde von 1996 bis 1998 geplant. Nach langen Diskussionen um die korrekte Bewertung des Unternehmens, scheiterte die geplante Privatisierungsauktion dann kurz vor der Finanzkrise im August 1998 an mangelnder Nachfrage. Anschließend wurde bis zum Frühjahr 1999 die Zusammenlegung mit anderen Betrieben zu einer nationalen Ölgesellschaft diskutiert. Interner Widerstand der betroffenen staatlichen Firmen als auch mangelnde Begeisterung bei möglichen Partnern aus der Privatwirtschaft führten aber dazu, dass diese Pläne nicht umgesetzt wurden.

Stattdessen veräußerte die russische Regierung ihre Anteile an allen Ölfirmen mit Ausnahme von Rosneft. Aufgrund dieser Entwicklung wurde vermutet, dass auch Rosneft privatisiert werden könnte, was den völligen Rückzug des Zentralstaates aus der Erdölwirtschaft bedeutet hätte. Nur die Regionalverwaltungen von Baschkortostan und Tatarstan hätten dann mit Bashneft und Tatneft noch Ölfirmen kontrolliert. Stattdessen optierte die russische Regierung jedoch Ende 2004 für eine Zusammenlegung von Rosneft mit Gazprom zu einer nationalen Öl- und Gasgesellschaft.

Der Staat hält derzeit einen Anteil von 38% an Gazprom. Für die Einbringung von Rosneft sollte der Staat als Eigentümer, so der Plan der Regierung, Gazprom-Aktien erhalten. Auf diese Weise würde der Staat eine absolute Mehrheit der Aktien des neuen Gazprom/Rosneft-Konzern besitzen. Die konkrete Umsetzung der Firmenfusion wird derzeit in der Regierung noch diskutiert. Sie soll aber bereits im Sommer dieses Jahres vollzogen werden.

„Putin Incorporated“?

Die Präsidialadministration in den Aufsichtsgremien russischer staatlicher Unternehmen

Elf Sitze hat der Aufsichtsrat des Erdgaskonzerns „Gazprom“, der am Freitag, dem 11. Februar, neu besetzt wird. Von den 19 Bewerbern sind acht Staatsvertreter, darunter Wirtschaftsminister Gref und Energieminister Christenko. Es kandidieren aber auch drei Mitglieder der Präsidialverwaltung – ihr Leiter, Dmitrij Medwedjew, der Präsidentengehilfe Igor Schuwalow und der Sonderbeauftragte des Präsidenten für internationale Energiekooperation, Igor Jusufow. Medwedjew und Jusufow gehören dem Aufsichtsrat schon länger an, Medwedjew fungiert als Vorsitzender des Gremiums.

Es ist eine bezeichnende Erscheinung der Ära Putin, dass enge Mitarbeiter des Präsidenten,

Kontrollfunktionen in staatlichen oder staatsnahen Großunternehmen wahrnehmen. Während *Medwedjew*, der Leiter der Präsidialadministration, Aufsichtsratsvorsitzender bei Gazprom ist, hat Präsidentengehilfe *Viktor Iwanow* diese Position bei der Luftfahrtgesellschaft „Aeroflot“ inne, zudem sitzt er im Aufsichtsrat der Rüstungsholding „Almas-Antej“. *Sergej Prichodko*, der Präsidentengehilfe für Außenpolitik, steht dem Aufsichtsrat der staatlichen Holding „TVEL“ vor, die das Monopol auf den Export nuklearer Brennstäbe hat. Präsidentengehilfe *Igor Schuwalow* hat den Aufsichtsratsvorsitz von „Sowkomflot“, das die Hälfte der russischen Handelsflotte kontrolliert, ist daneben Mitglied im Aufsichtsrat des Konzerns „Russische Eisenbahnen“ und kandidiert jetzt auch für den Aufsichtsrat von Gazprom. *Wladislaw Surkow*, Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration, ist Aufsichtsratsvorsitzender von „Transnefteprodukt“, die in Russland das Monopol auf den Pipelinetransport von Erdölzeugnissen (Diesel, Benzin, Kerosin) besitzt. *Igor Setschin* schließlich, auch er Stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung, ist Aufsichtsratsvorsitzender des staatlichen Erdölkonzerns „Rosneft“, der unlängst das Unternehmen Juganskneftegaz, den Kern des Mineralölkonzerns Jukos, in seinen Besitz gebracht hat.

Darüber, was diesen Zug in die Staatsunternehmen veranlasst, welche Motive die Männer des Präsidenten antreiben, lässt sich nur spekulieren. Es könnte eine bewusste Politik der Konzentration strategischer Ressourcen in der Hand der Machtelite sein – was insbesondere westliche Beobachter vermuten. Es könnte sich aber auch um bloße Gier handeln – Putins Mannschaft, zu spät gekommen für die „Große Bereicherung“ der Jelzin-Ära, drängt an die Fleischtöpfe.

Die genannten Beweggründe schließen einander nicht aus. Für eine bewusste Kontrollstrategie spricht die Branchenverteilung der Unternehmen. „Aeroflot“, „Sowkomflot“, „Russische Eisenbahnen“ und „Transnefteprodukt“ decken wesentliche Teile des russischen Verkehrs- und Gütertransportwesens ab. Gazprom und TVEL verfügen über das Exportmonopol in ihren jeweiligen Sektoren. Allerdings wäre es falsch, die Bedeutung dieser Stellenbesetzungspolitik zu überschätzen. Die genannten Firmen sind gerade wegen ihrer strategischen Rolle in Staatsbesitz geblieben. Es geht also – sieht man vom Sonderfall „Rosneft“ ab – nicht um Renationalisierung, um Übernahme privater Wirtschaftsunternehmen, sondern um die Beaufsichtigung staatlicher Betriebe. Dass dort Staatsvertreter im Aufsichtsrat sitzen, ist eine Selbstverständlichkeit. In der Regel nehmen Repräsentanten des zuständigen Ressorts diese Aufgabe wahr, also Vertreter des Wirtschafts-, Energie, Verkehrs- oder Finanzministeriums. Dass hohe Beamte aus der Präsidialverwaltung in diese Positionen drängen, die keine Ressortinteressen vertreten und keine unmittelbar Fachaufsicht ausüben, ist allerdings weniger selbstverständlich. Hier manifestiert sich die politische Hegemonie des präsidialen Apparats, der sich nun auch bedienen will. Auf die Führung der jeweiligen Unternehmen haben die Vertreter der Präsidialverwaltung bisher keinen sichtbaren Einfluss genommen.

Einen Sonderfall stellt „Rosneft“ dar, das sich Ende 2004 offensiv an der Ausschlichtung des Mineralölkonzerns „Jukos“ beteiligte. Dem Aufsichtsrat steht mit *Igor Setschin* ein Mann vor, der als enger Vertrauter Putins und führendes Mitglied der „silowiki“ (der Vertreter der Machtapparate) gilt. Allerdings sagt man *Setschin* auch nach, dass er gewöhnlich nicht selbständig handelt, sondern Anweisungen seines Chefs bis auf i-Tüpfelchen ausführt. Ob er auf das Verhalten von Bogdantschikow, dem Spitzenmanager von „Rosneft“, Einfluss genommen hat, welche Rolle er bei der Übernahme von „Juganskneftegaz“ durch „Rosneft“ spielte, ist unbekannt.

Putins Männer in den Aufsichtsräten

Iwanow, Viktor Petrowitsch

Viktor Iwanow (geb. 12.5.1950 in Nowgorod) absolvierte das Leningrader Elektrotechnische Bontsch-Bruewitsch-Institut. 1971–1977 arbeitete er als Ingenieur in der Wissenschaftlichen Produktionsvereinigung „Vektor“. 1977 wechselte er zum KGB, für den er u.a. in Afghanistan arbeitete (1987–88). 1994 war er Oberst und Abteilungsleiter in der Petersburger Regionalverwaltung des Geheimdienstes. Vor dort wechselte er zu Putin in das Petersburger Bürgermeisteramt, in dem Iwanow von 1994–1998 die Abteilung für Verwaltungsorgane leitete. 1998 holte ihn Putin, zu diesem Zeitpunkt Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, in den Geheimdienst zurück. 1999 stieg Iwanow zum Stellvertretenden Direktor des FSB und zum Leiter der Abteilung für

Wirtschaftssicherheit auf. Am 5. Januar 2000, fünf Tage nach Putins Ernennung zum amtierenden Präsidenten, wechselte er in die Präsidialverwaltung, deren Stellvertretender Leiter er wurde. Im Oktober 2001 entsandte man ihn als Staatsvertreter in den Aufsichtsrat von „Almas-Antej“, einem Konglomerat von 46 Rüstungsfirmen, das Luftabwehrsysteme entwickelt und jährlich etwa 1–2 Mrd. US-Dollar umsetzt. Daneben fungiert Iwanow als Aufsichtsratsvorsitzender bei Aeroflot. Am 12.12.2002 wurde er zum Generaloberst befördert. Bei der Umstrukturierung der Präsidialverwaltung im März 2004 erhielt er den Posten eines „Präsidentengehilfen“ mit dem Zuständigkeitsbereich Personal. Viktor Iwanow gilt als wichtiges Mitglied der Gruppe der „silowiki“ in der Umgebung des Präsidenten.

Medwedjew, Dmitrij Anatoljewitsch

Dmitrij Medwedjew (geb. 14.9.1965 in Leningrad) ist Jurist und lernte Putin in den neunziger Jahren in Petersburg kennen, als er als Rechtsberater beim Petersburger Bürgermeisteramt fungierte. 1999 wechselte Medwedjew nach Moskau, um bei Putin Stellvertretender Leiter des Regierungsapparats zu werden. Nachdem Putin im Jahr 2000 Präsident wurde, übernahm Medwedjew das Amt des Stellvertretenden Leiters der Präsidialadministration. Anfang 2000 leitete er den Wahlkampfstab Putins. Im Juni 2000 stieg er zum Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration auf und war als solcher für Putins Tagesplanung und für die Koordination von Regierung und Präsidialverwaltung verantwortlich. 2001 betraute ihn Putin mit der Durchführung der Reform des öffentlichen Dienstes. Im Juli 2000 übernahm er in Nachfolge Tschernomyrdins den Vorsitz des Aufsichtsrats des Erdgasmonopolisten Gazprom, den er – mit einer Unterbrechung im Jahr 2001, als man ihn nur zum Stellvertreter wählte – bis heute innehat. Am 30. Oktober 2003 ernannte Putin Medwedjew zum Leiter der Präsidialadministration. Medwedjew gilt als Vertreter der „Petersburger Liberalen“ in der Umgebung des Präsidenten (vgl. auch das Porträt in der Russlandanalyse 4/2003)

Prichodko, Sergej Eduardowitsch

Sergej Prichodko (geb. 12.1.1957 in Moskau) schloss 1980 das Studium am Moskauer Staatsinstitut für internationale Beziehungen ab und trat in den diplomatischen Dienst ein. Zwischen 1980 und 1997 wechselte er zwischen Dienst im sowjetischen bzw. russischen Außenministerium – durchweg in mit Europa befassten Abteilungen – und Aufhalten an der Prager Botschaft. Im April 1997 wurde er auf Empfehlung von Jelzins Pressesprecher Jastshrembskij, einem ehemaligen Kollegen, Präsidentengehilfe für internationale Fragen. Im September 1998 ernannte man ihn zum Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration, im Februar 1999 übernahm er zusätzlich die Leitung der Abteilung für auswärtige Politik. Diese Position behielt er auch unter Putin bei. Im September 2000 wurde er Mitglied der Präsidialkommission für Rüstungskooperation. Bei der Restrukturierung der Präsidialadministration im März 2004 wurde er zum Präsidentengehilfen für den Bereich Außenpolitik ernannt. Prichodko ist Aufsichtsratsvorsitzender bei der staatlichen Holding TVEL, die ein Monopol auf Erzeugung und Export nuklearer Brennstäbe hat.

Schuwalow, Igor Iwanowitsch

Igor Schuwalow (geb. 14.1.1967 in Blibin, Gebiet Magadan) arbeitete zunächst als Laborant in einem Forschungsinstitut und diente 1985–1987 in den sowjetischen Streitkräften. Danach nahm er das Studium der Rechte an der Moskauer Lomonossow-Universität auf, das er 1992 abschloß. 1992–93 war er Attaché in der Rechtsabteilung des Außenministeriums und wechselte dann in das Anwaltsbüro ALM-Konsalting über, das von Alexander Mamut (bald einer der großen Finanzmagnaten) geleitet wurde. Nebenbei gründete er 1995 eine Immobilienfirma und 1996 ein Handelsunternehmen. 1997–1998 wechselte er in den Staatsdienst über und wurde Abteilungsleiter im Staatskomitee zur Verwaltung des Staatseigentums. Im Januar 1998 wurde er Stellvertretender Minister für Staatseigentum, im Mai desselben Jahres Vorsitzender des Russischen Fonds für Föderales Eigentum. Im Mai 2000 ernannte der damalige Ministerpräsident Kasjanow ihn zum Leiter des Regierungsapparates im Range eines Ministers. Im Mai 2003 wechselte Schuwalow in die Präsidialadministration als Gehilfe des Präsidenten, wurde im Oktober einer der Stellvertretenden Leiter und erhielt bei der Restrukturierung der Präsidialadministration im März 2004 wieder die Position eines Präsidentengehilfen. Schuwalow ist Aufsichtsratsvorsitzender von „Sowkomflot“ und kandidiert derzeit für den Aufsichtsrat von „Gazprom“.

Surkow, Wladislaw Jurjewitsch

Wladislaw Surkow (geb. 21.9.1964 in Solnzewo, Gebiet Lipezk) absolvierte nach seinem Militärdienst (1983–1985) das Moskauer Institut für Stahl und Legierungen. Dort freundete er sich mit Michail Fridman an, heute Finanzmagnat und Chef der „Alfa-Gruppe“. Seit 1989 arbeitete er bei der neu gegründeten Genossenschaft „Menatep“, in der Michail Chodorkowskij, später Chef des Mineralölkonzerns „Jukos“, die führende Rolle spielte. 1992 übernahm Surkow die Leitung der Werbeabteilung von „Menatep“, 1994 stieg er zum Stellvertretenden Leiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit auf, 1996 zum Leiter der Abteilung für Verbindung zu staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen. 1996–1997 übte er dieselbe Funktion bei „Rosprom“ aus, einer Holding, die Teil des Chodorkowskij-Imperiums war. Im März 1997 wechselte er von Chodorkowskij zu Fridman und ging zur Alfa-Bank, wo man ihm zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden machte. 1998–99 war er Erster Stellvertretender Generaldirektor des staatlichen Fernsehsenders ORT, damals weitgehend unter Kontrolle der russischen Finanzmagnaten. Im Frühjahr 1999 wechselte Surkow in die Präsidialverwaltung und wurde Gehilfe des damaligen Leiters Woloschin. Im August 1999 stieg er zum Stellvertretenden Leiter der Präsidialverwaltung auf, eine Position, die er auch nach dem Amtsantritt Putins behielt. Surkow war verantwortlich für die Zusammenarbeit mit Regionen und Parlament. Er zog die Fäden bei der Integration des Parlaments in das System Putin, bei der Gründung der Partei „Einheit“, aus der „Einiges Russland“ hervorging, und war der eigentliche Organisator des präsidentialen Erdrutschsieges bei den Dumawahlen 2003. Auf seine Initiative geht angeblich auch die Gründung des Jugendverbandes „Der gemeinsame Weg“ zurück. Derzeit ist er einer der beiden Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration und Aufsichtsratsvorsitzender von „Transneftprodukt“.

Setschin, Igor Iwanowitsch

Igor Setschin (geb. 7.9.1960 in Leningrad) studierte Romanistik an der Leningrader Staatsuniversität und arbeitete nach dem Examen als Militärdolmetscher im Ausland, u.a. in Angola und Mosambique, wo die Sowjetunion mit Hilfe von Kuba Stellvertreterkriege führte. Nach seiner Rückkehr war er in der Auslandsabteilung der Leningrader Universität tätig, ab 1988 im Exekutivkomitee des Leningrader Sowjets. Dort machte ihn 1990 Putin zum Leiter seines Sekretariats. 1996 folgte Setschin Putin nach Moskau in die Präsidialverwaltung. Er übernahm die Leitung des Regierungssekretariats, als Putin 1999 Ministerpräsident wurde, und wechselte im März 2000, nach Putins Wahl zum Präsidenten, als Stellvertretender Leiter in die Präsidialverwaltung. Am 12.12. 2002 beförderte Putin ihn zum Generalleutnant. Im August 2003 übernahm Setschin den Vorsitz des Aufsichtsrats des Erdölkonzerns Rosneft. Setschin gilt als führender Vertreter der „silowiki“ in der Umgebung Putins, obwohl er offiziell nie Mitarbeiter des KGB war. Seine Tochter ist mit dem Sohn von Generalstaatsanwalt Ustinow verheiratet.

Staatsunternehmen im Visier der Präsidialadministration

Im 2004 publizierten Rating der 400 größten russischen Unternehmen werden sieben der im Text genannten Unternehmen aufgeführt. Ihr gemeinsamer Umsatz beträgt 19% des Gesamtumsatzes der 400 größten russischen Unternehmen (ohne Gazprom 9%).

Rang	Unternehmen	Branche	Umsatz 2003, Mio. US Dollar	Zuwachs gegenüber 2002
1	Gazprom	Erdöl und Erdgas	26.710,8	27,2%
2	RShD – Russische Eisenbahnen	Verkehr	19.371,5	-
17	„Rosneft“	Erdöl und Erdgas	3.205,4	17,1%
24	Aeroflot	Verkehr	1.716,0	7,5%
33	TVEL	Maschinenbau	1.113,3	24,2%
103	„Transneftprodukt“	Verkehr	346,8	25,1%
383	NPO „Almas“	Maschinenbau	95,5	739,6%

Quelle der Tabelle: <http://www.expert.ru/expert/ratings/exp200/exp2004/soder.htm>

Die Besteuerung der Erdölwirtschaft

Die Besteuerung der Erdölindustrie ist in Russland nicht erst seit der Jukos-Affäre politisch umstritten. Einerseits argumentieren viele konservative Politiker, dass der Staat als Eigentümer der Bodenschätze in großem Umfang an den Gewinnen der privaten Produzenten profitieren sollte. Andererseits verweisen Branchenvertreter und wirtschaftsliberale Politiker darauf, dass eine übermäßige Besteuerung der Ölindustrie dringend notwendige Investitionsmittel entziehe. Ähnlich wie bei der Rolle des Staates als Eigentümer stellt sich also auch bei der staatlichen Rolle als Steuereintreiber die Frage nach der wirtschaftspolitischen Orientierung.

Die russischen Ölunternehmen unterliegen einer allgemeinen Besteuerung, die jedes in Russland tätige Unternehmen unabhängig von der Branchenzugehörigkeit zu entrichten hat, wie etwa Gewinnsteuer und Zollgebühren (vor allem Exportzölle). Neben der allgemeinen Besteuerung umfasste die spezielle Besteuerung bis zu Putins Steuerreform mehrere Steuerabgaben, die sich alle auf den Verkaufswert des Erdöls bezogen. Zu diesen Besteuerungsinstrumenten gehörten die Abgaben für die Nutzung der Ressourcen (Lizenzgebühren, darunter *Lizenzgebühren auf die Förderung mineralischer Ressourcen (Royalties)* und produktionsabhängige Steuern, wie *Verbrauchssteuer (Akzisen)* und die *Rohstoffentnahmesteuer* für Erdöl und Erdölprodukte.) Mit der Steuerreform 2001 wurden die *Verbrauchssteuer*, *Lizenzgebühren auf die Förderung mineralischer Ressourcen (Royalties)* und die *Rohstoffentnahmesteuer* durch eine neue *Steuer für die Förderung mineralischer Ressourcen* ersetzt. Die neue Steuer bezieht sich nicht mehr auf den Verkaufspreis sondern auf die Fördermenge und wird in Abhängigkeit vom Weltmarktpreis für Erdöl bestimmt. Die Steuerbelastung der Erdölwirtschaft erhöht sich dementsprechend bei steigenden Weltmarktpreisen automatisch. Dasselbe Prinzip einer Bindung an den Weltmarktpreis wurde bei den 1999 wieder eingeführten Exportzöllen angewandt. Die wichtigsten Steuern, die von Unternehmen des Gas- und Ölsektors zu entrichten sind, werden auf der föderalen Ebene erhoben und verbleiben weitgehend im föderalen Haushalt. Für den föderalen Haushalt sind sie von erheblicher Bedeutung, wie Tabelle 1 zeigt.

Tabelle 1: Erdölwirtschaft und föderaler Haushalt

	1999	2000	2001	2002	2003
Steuerzahlungen der Erdölwirtschaft (Mrd. US\$)	2,8	6,9	10,0	14,2	17,9
Anteil am föderalen Haushalt	11%	17%	18%	20%	21%
Preis für Urals-Öl (US\$/barrel)	17,3	26,8	23,0	23,7	27,0

Quelle: Institut Otkrytoj ekonomiki, Moskau 12.05.2004, http://www.openecon.ru/attach.asp?a_no=318

Ein zentrales Problem der Besteuerung der russischen Erdölwirtschaft waren etliche Schlupflöcher in der Steuergesetzgebung, die von den meisten Ölkonzernen im Rahmen einer „Steeroptimierung“ umfangreich genutzt wurden. Eine häufige Manipulation war das „transfer pricing“. Es basierte darauf, dass der Verkaufspreis des Erdöls für Grundlage für viele Steuern war. Diese Steuern wurden von der Produktionsfirma erhoben. Um Steuern zu minimieren verkaufte die Produktionsfirma das Öl zu extrem niedrigen Preisen an den Mutterkonzern, der beim Weiterverkauf dann den Marktpreis forderte. Teilweise nutzten Erdölfirmen auch ihren Einfluss auf der regionalen Ebene, um Steuerbefreiungen zu erhalten. Auch die Anhäufung von Steuerschulden, über deren Begleichung dann mit der Regierung verhandelt wurde, verringerte die tatsächlichen Zahlungen der Ölfirmen in den Staatshaushalt. Einer Studie des IWF zufolge zahlte die Erdölwirtschaft in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre nur 60% der eigentlich fälligen Steuern.

Mit der Steuerreform wurden die Schlupflöcher weitestgehend geschlossen. Gegen das transfer pricing wurde so etwa die Bindung an den Weltmarktpreis eingeführt. Die Kompetenz der Regionen zur Gewährung von Steuernachlässen wurde eingeschränkt. Bis zur Jukos-Affäre vertrat die Regierung die Position, dass die Nutzung der Schlupflöcher, wie es Ministerpräsident Michail Kasjanow formulierte, unmoralisch aber legal gewesen sein. Im Laufe der Jukos-Affäre wurde diese Einschätzung zumindest für einen Ölkonzern revidiert.

Die Beseitigung der Schlupflöcher und die Bindung an den stark steigenden Weltmarktpreis erhöhten die effektive Steuerbelastung der Erdölwirtschaft erheblich. Ende der 1990er Jahre mussten die Erdölunternehmen im Durchschnitt etwa 45% ihrer Bruttoeinnahmen an den Fiskus abführen. Im Jahre 2003 waren es bereits 60%. Trotzdem erhöhten sich die Gewinne der großen russischen Ölkonzerne aufgrund des extremen Anstiegs der Weltmarktpreise deutlich, wie Tabelle 2 zeigt.

Tabelle 2: Gewinn nach Steuern der größten russischen Erdölunternehmen (in Mio. US-Dollar)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bashneft	k.A.	461	433	407	186	191
Jukos	k.A.	254	3.331	4.006	3.064	k.A.
Lukoil	59	1.249	3.429	3.111	1.843	3.642
Rosneft	- 372	377	838	796	479	380
Sibneft	k.A.	315	675	1305	1.162	2.241
Surgutneftegaz	531	1.255	2.719	1.839	1.587	651
Tatneft	- 480	510	856	507	201	366
TNK	- 177	471	1.623	k.A.	1.251	2.766

Quelle: Unternehmensangaben nach Ekspert-200, laufende Jahre, www.expert.ru

Kein zweites Jukos? Einschränkungen für rückwirkende Steuerüberprüfungen geplant

Nach einem Treffen mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Alexander Shukow, Finanzminister Alexej Kudrin und dem Leiter der Steuerbehörde am 8. Februar 2005 erklärte Präsident Putin auf einer Pressekonferenz seine Unterstützung für die Vorschläge Shukows, die ausufernde Steuernachforderungen wie im Falle Jukos in Zukunft verhindern sollen. In seiner Rede zur Lage der Nation bekräftigte Putin Ende April, dass eine entsprechende Regelung ausgearbeitet würde.

Die Vorschläge konzentrieren sich auf 4 Punkte:

- Die interne Kontrolle über Steuernachforderungen wird intensiviert. Große Nachforderungen sollen in Zukunft von der Zentrale in Moskau genehmigt werden müssen. In der Steuerbehörde soll eine Beschwerdeabteilung eingerichtet werden, die auch für Verhandlungen über außergerichtliche Einigungen zuständig sein soll.
- Der Umfang der Steuerüberprüfungen soll exakt definiert werden, indem etwa die vom Unternehmen vorzulegenden Dokumente eindeutig festgelegt werden.
- Wiederholte Steuerüberprüfungen sollen nur in Ausnahmefällen erlaubt sein und Steuernachforderungen aus einer wiederholten Steuerüberprüfung sollen nur im Falle eines durch ein Gerichtsurteil nachgewiesenen Betrugs möglich sein.
- Der Insolvenzschutz für Steuerschuldner soll verbessert werden. Unternehmen, die aufgrund von Steuernachforderungen mit Insolvenz bedroht sind, sollen das Recht auf eine Begleichung der Schuld in Raten haben.

Wie die United Financial Group (Moskau) kommentiert, „würden vor allem die letzten beiden Punkte die Benutzung von Steuerforderungen zur Vernichtung von Unternehmenswerten wie im Falle Jukos unmöglich machen. Die öffentliche Unterstützung dieser Vorschläge durch den Präsidenten bedeutet nicht nur, dass diese Vorschläge so gut wie sicher angenommen werden, sondern legt auch nahe, dass die Wiedergutmachung des durch die Jukos-Affäre und ähnliche Skandale (wie die Steuer-Attacke auf Vimpelcom im letzten Dezember) entstandenen Schadens für das Investitionsklima jetzt echte Priorität besitzt.“

IV. Ausländische Investitionen

Ausländische Investoren in der Erdölwirtschaft

Während einerseits im Zuge der Jukos-Affäre von einer Abschreckung ausländischer Investoren und einer Renationalisierung der Ölindustrie gesprochen wird, sind andererseits von ausländischen Ölkonzernen in den letzten zwei Jahren von ausländischen Ölkonzernen fast 10 Mrd. US-Dollar in Russland investiert worden. Deutlich mehr als im gesamten Zeitraum davor. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die Entwicklung ausländischer Investitionen in der russischen Erdölwirtschaft.

Jahr	Investor	Investment	Summe	Anmerkung
1995	ARCO (USA)	8% an Lukoil	250 Mio. US\$	BP verkauft den Anteil nach der Übernahme von ARCO 2001 an Lukoil
1995	TotalElfina (Frankreich) + Norsk Hydro (Norwegen)	Charjaga PSA	2,5 Mrd. US\$ im Verlauf von 33 Jahren	
1996	Sodeco (Japan) + Exxon (USA)	Sachalin I PSA	15 Mrd. US\$ im Verlauf von 33 Jahren	
1996	Marathon Oil (USA) + McDermott (Kanada) + Mitsui (Japan) + Shell (Großbritannien) + Mitsubishi (Japan)	Sachalin II PSA	10 Mrd. US\$ im Verlauf von 25 Jahren	1997 Ausstieg Mc Dermott, 2000 Ausstieg Marathon Oil
1997	BP (Großbritannien)	10% an Sidanko	571 Mio. US\$	
1998	Ruhrigas (Deutschland)	2,3% an Gazprom	600 Mio. US\$	
1999	Ruhrigas (Deutschland)	1,5% an Gazprom	270 Mio. US\$	
2000	Ruhrigas (Deutschland)	1% an Gazprom	180 Mio. US\$	
2003	Ruhrigas (Deutschland)	1,7% an Gazprom	240 Mio. US\$	
2001	ONGC (Indien)	Einstieg bei Sachalin I	225 Mio. US\$	
2003	BP (Großbritannien)	50% an TNK-BP	6,75 Mrd.US\$	
2004	ConocoPhillips (USA)	7,6% an Lukoil	1,98 Mrd. US\$	

Nach russischem Recht gibt es drei zentrale Formen ausländischer Investitionen in die Erdölwirtschaft: joint ventures, production sharing agreements (PSAs) und den Erwerb von Firmenanteilen.

In den 1990er Jahren waren joint ventures die häufigste Form der ausländischen Beteiligung an der russischen Erdölwirtschaft. In der Regel beteiligten sich russische und ausländische Firmen zu gleichen Teilen an joint ventures, wobei der russische Partner die Förderrechte und seine Kenntnisse des russischen Geschäftsumfeldes einbrachte, während der ausländische Partner das Kapital stellte. Zusammengerechnet investierten die ausländischen Partner etwa 1,5 Mrd. US-Dollar. 1998 waren 42 joint ventures in der Erdölproduktion aktiv, die einen Anteil von 6% an der russischen Förderung hatten. Mit steigenden Weltmarktpreisen für Erdöl und einem zunehmenden Expansionsdrang der russischen Ölkonzerne wurden die ausländischen Partner jedoch Ende der 1990er Jahre aus den meisten joint ventures ausgekauft.

Ausländische Investoren konzentrierten sich nun auf PSAs, deren gesetzliche Neuregelung im Jahre 1999 große Hoffnungen weckte. Bei einem PSA erhält ein ausländischer Investor vom Staat die Förderrechte für eine bestimmte Ölquelle über eine begrenzte Zeit zugesprochen. Der Investor

führt die Ölförderung auf eigene Verantwortung durch und teilt die Produktion mit dem Staat nach einer vertraglich festgelegten Quote. Bereits Mitte der 1990er Jahre waren in Russland drei PSAs genehmigt worden. (siehe die unten folgende Tabelle) Nach der Neuregelung 1999 wurde mit einem Boom gerechnet. Aufgrund einer Blockade im Genehmigungsverfahren wurde aber keines der etwa 40 beantragten PSAs erfolgreich umgesetzt. Durch eine weitgehende Abschaffung der Steuerprivilegien verloren PSAs mit der Steuerreform 2003 ihre Attraktivität.

Ausländische Investoren, die sich in der russischen Erdölwirtschaft engagieren wollen, müssen nun Anteil an russischen Konzernen erwerben, um groß in die Produktion einsteigen zu können. Eine Reihe westlicher Erdölkonzerne hat ihr prinzipielles Interesse bekundet. Anteile erworben haben bisher BP und Conoco. Der Einstieg von Conoco zeigt dabei deutlich das gewachsene Interesse ausländischer Investoren an der russischen Erdölwirtschaft. Als die amerikanische ARCO 1995 einen Anteil von 8% an Lukoil erwarb, musste sie dafür 250 Mio. US-Dollar bezahlen. Conoco hingegen musste 2004 für 7,6% an Lukoil schon fast 2 Mrd. US-Dollar aufwenden. (siehe Tabelle)

Anfang 2005 wurden ausländische Firmen für ein Jahr von der Lizenzvergabe für große Erdöl- und Erdgasvorkommen ausgeschlossen. Nur Firmen, bei denen der russische Partner einen Anteil von mindestens 51% besitzt, dürfen bei der Lizenzvergabe mitbieten. Die Vorkommen, für die dieses Jahr Lizenzen vergeben werden sollen, sind u.a. Sachalin 3, Ölfelder im Barentsmeer, in Timan-Petschora und im Gebiet der Jamal-Nenzen. TNK-BP, ExxonMobil, ChevronTexaco u.a. in Russland aktive ausländische Firmen sind damit von der Lizenzvergabe ausgeschlossen. Wahrscheinlich wird es jetzt zu mehr joint ventures kommen, wie z.B. das von BP (49%) und Rosneft (51%) bei den Feldern Sachalin 4 und 5. Außerdem werden russische Firmen wie Gazprom, Rosneft, Surgutneftegaz und Lukoil für zukünftige Auktionen sehr gut positioniert sein. Ob die Einschränkung verlängert wird und sich damit etwa auch auf die Vorkommen in Ostsibirien erstreckt, die für die Entwicklung des russischen Erdölsektors und Exportpläne nach Asien von strategischer Bedeutung sind, ist noch nicht abzusehen.

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Dr. Josephine Bollinger-Kanne ist unabhängige Osteuropaexpertin in München.
- Prof. Dr. Valery Kryukov ist Professor der Wirtschaftswissenschaften und Leiter der Abteilung „Wirtschaftliche Probleme der Entwicklung des westsibirischen Erdöl- und Erdgassektors“ im Institut für Wirtschaft und Organisation industrieller Produktion der Sibirischen Abteilung der Russischen Akademie der Wissenschaften, Nowosibirsk.
- Julia Kusznir ist Doktorandin an der Forschungsstelle Osteuropa. Ihre Dissertation befasst sich mit dem Einfluss von Wirtschaftseliten in den russischen Regionen am Beispiel der Erdöl- und Erdgasindustrie.
- Maria Ordzhonikidze ist Direktorin des Presse zentrums der Rechtsanwälte von Chodorkowskij und Lebedew, Moskau.
- Dr. Heiko Pleines ist Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa.
- Ann-Kathrin Reichardt ist freie Mitarbeiterin der Forschungsstelle Osteuropa.
- Prof. Dr. Hans-Henning Schröder ist Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa.

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 61 **Wirtschaftskultur in Osteuropa**
Bremer Ansatz und Bremer Projekte
Von Hans-Hermann Höhmann und Heiko Pleines (Hg.)
(September 2004)
- Nr. 62 **Wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderungen für Russland**
Von Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder (Hg.)
(November 2004)
- Nr. 63 **Westliche Förderprogramme in der Ukraine**
Einblicke in die europäisch-nordamerikanische Unterstützung ukrainischer
Reformbestrebungen seit 1991
Mit einem Nachwort von Astrid Sahn
Von Andreas Umland
(Dezember 2004) (Druckfassung vergriffen)
- Nr. 64 **Die Jukos-Affäre**
Russlands Energiewirtschaft und die Politik
Von Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder (Hg.)
(Zweite, aktualisierte Auflage) (Juni 2005)
- No. 65 **Political Corruption in Poland**
Sources of Corruption in Post-Communist Poland
By Aleksander Surdej
Clientelism in the Silesian Coal Mining Industry
By Kaja Gadowska
(March 2005)
- Nr. 66 **Tschetschenienkrieg und nationalistischer Diskurs in Russland**
Am Beispiel von KPRF und Jabloko
Von Jin-Sook Ju
(April 2005)
- No. 67 **Participation of Civil Society in New Modes of Governance**
The Case of the New EU Member States
Part 1: The State of Civil Society
By Heiko Pleines (ed.)
(May 2005)

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten
Abonnement (10 Hefte pro Jahr): 30 Euro + Portokosten

**Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de
Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen**

Vergriffene Hefte können als PDF-Datei gratis bestellt bzw. von der Website der
Forschungsstelle Osteuropa (www.forschungsstelle-osteuropa.de) heruntergeladen werden

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 20 **Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):
Nur ein Ölboom?**
Bestimmungsfaktoren und Perspektiven der russischen Wirtschaftsentwicklung
LIT-Verlag (Münster) 2005 (in Vorbereitung), 304 S., br., ISBN 3-8258-8284-5, Euro 29,90
- Bd. 19 **Heiko Pleines:
Ukrainische Seilschaften**
Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004
LIT-Verlag (Münster) 2005, 208 S., br., ISBN 3-8258-8283-7, Euro 19,90
- Bd. 18 **Wolfgang Schlott:
Polnische Prosa nach 1990**
Nostalgische Rückblicke und Suche nach neuen Identifikationen
LIT-Verlag (Münster) 2004, 224 S., br., ISBN 3-8258-7916-x, Euro 19,90
- Bd. 17 **Silvia Miháliková:
Zwischen Kreuz und Europastern**
Politische Symbolik in der Slowakei
LIT-Verlag (Münster) 2004, 208 S., br., ISBN 3-8258-7623-3, Euro 24,90
- Bd. 16 **Stefanie Harter, Jörn Gravingholt, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder:
Geschäfte mit der Macht**
Wirtschaftseliten als politische Akteure im Russland der Transformationsjahre 1992–2001
Edition Temmen (Bremen) 2003, 380 S., Hardcover, ISBN 3-86108-339-6, Euro 20,90
- Bd. 15 **Christian Meier, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):
Ökonomie – Kultur – Politik. Transformationsprozesse in Osteuropa**
Festschrift für Hans-Hermann Höhmann
Edition Temmen (Bremen) 2003, 346 S., Hardcover, ISBN 3-86108-346-9, Euro 20,90
- Bd. 14 **Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines (Hg.):
Wirtschaftspolitik in Osteuropa zwischen ökonomischer Kultur,
Institutionenbildung und Akteursverhalten**
Russland, Polen und Tschechische Republik im Vergleich
Edition Temmen (Bremen) 2003, 245 S., Hardcover, ISBN 3-86108-347-7, Euro 20,90

Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik

- Bd. 39 **Jin-Sook Ju:
Konstituierung der Programmatik russischer Parteien**
Programmatische Differenzierung als Element der Parteibildung im
post-sowjetischen Russland
LIT Verlag (Hamburg) 2005 (in Vorbereitung), ca. 300 S., ISBN 3-8258-8537-2, Euro 24,90
- Bd. 38 **Isabelle de Keghel:
Konstruktionsversuche neuer historischer Identitäten im Russland
der Transformationszeit**
LIT Verlag (Hamburg) 2005 (in Vorbereitung), ca. 656 S., ISBN 3-8258-8201-2, Euro 44,90
- Bd. 33 **Heiko Pleines:
Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära (1994–99)**
LIT Verlag (Hamburg) 2003, 444 S., ISBN 3-8258-6561-4, Euro 30,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

RussiaWeeklyInfo

„RussiaWeeklyInfo“ ist eine wöchentliche ca. 10-seitige Zusammenstellung aktueller Nachrichten zu Russland (in englischer und deutscher Sprache). Abgedeckt werden die Themenbereiche Wirtschaft und Soziales, Innenpolitik, Medien und öffentliche Meinung.

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse. Abonnenten von „RussiaWeeklyInfo“ erhalten die Russlandanalysen automatisch.

Bibliographische Dienste

Die folgenden vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu mehreren osteuropäischen Ländern. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Publications on the Czech and Slovak Republics. A quarterly bibliography

Publications on Poland. A quarterly bibliography

Publications on Russia. A quarterly bibliography

Publications on Ukraine. A quarterly bibliography

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Bremer Russland-Netz

Das Bremer Russland-Netz bietet Hinweise auf Russland-bezogene Veranstaltungen und Publikationen in und aus Bremen. Gleichzeitig soll es Bremer Russland-Interessierte untereinander vernetzen.

Alle E-Mail Dienste können kostenlos abonniert werden bei

publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Dabei bitte angeben, welche der E-Mail Dienste gewünscht werden.